

Rosmarie Beier-de Haan

Die Entwicklung der Berliner Bekleidungsindustrie

Unter den Zentren der deutschen Bekleidungsindustrie nahm Berlin eine herausragende Stellung ein. Hier hatten sich seit den 1830er Jahren die ersten Konfektionsunternehmen entwickelt, zu denen das Geschäft der Brüder Manheimer ebenso gehörte wie die Betriebe von David Leib Levin, Rudolph Hertzog und Herman Gerson, der 1836 mit einem Textilhandel angefangen hatte. Der hohe Anteil jüdischer Unternehmer ist kein Zufall. Traditionell hatten jüdische Händler aufgrund der für sie bestehenden wirtschaftlichen Restriktionen den ambulanten Handel mit Altkleidern, Kurzwaren u.ä. ausgeübt. Mit dem Boom der Konfektionsbranche begründeten sie mit ihren Firmen rund um den Hausvogteiplatz im Zentrum Berlins die international erfolgreiche „Berliner Konfektion“.

Die Bekleidungsindustrie war in den ersten Jahrzehnten ihres Wachstums kaum auf technische Hilfsmittel gestützt, sie basierte vor allem auf Handarbeit. Seit den 1850er Jahren wurden Nähmaschinen in den USA industriell produziert und exportiert. Auf Jahrmärkten und Gewerbeschauen ausgestellt, wurden sie in Deutschland nicht nur als Kuriosum bestaunt, sondern bald kopiert. Die ersten deutschen Nähmaschinenhersteller waren Schlosser und Feinmechaniker, die in handwerklicher Einzelfertigung mit dem Nachbau der importierten Maschinen begannen – so zum Beispiel der Schlosser Christian Mansfeld aus Leipzig, der 1853 die erste Nähmaschine in Deutschland fertigte, oder Nikolaus Dürkopp aus Bielefeld, der während seiner Uhrmacherlehre die ersten Nähmaschinen kennen gelernt hatte. Mit der massenhaften industriellen Fertigung spätestens seit den 1860er Jahren wurde die Nähmaschine zum unverzichtbaren Arbeitsinstrument für die Bekleidungsherstellung.

Konfektionsnäherei war Frauenarbeit. Die Expansion der neuen „großstädtischen Frauenhausindustrie“ (Alfred Weber), zu deren Zentren nach Berlin Breslau, Dresden, Leipzig, Hamburg und München gehörten, war nur möglich durch die immense Zahl arbeitssuchender Frauen und Mädchen, die bereit bzw. gezwungen waren, zu Niedriglöhnen zu arbeiten. Zu ihnen gehörten die vom Land in die Großstädte strömenden jungen Mädchen ebenso wie Ehefrauen und Töchter von Arbeitern, Handwerkern, Angestellten und Beamten, für die Heimarbeit die einzige standesgemäße Erwerbsarbeit war. Das Nähen für die Konfektionsindustrie bestimmte ihr Leben: Es bedeutete schlechte Arbeitsbedingungen, extreme saisonale Beschäftigungsschwankungen und einen Lohn, der immer dann kaum zum Überleben ausreichte, wenn er nicht nur „Zubrot“, sondern Haupterwerbsquelle war.

Zur Autorin

Prof. Dr. Rosmarie Beier-de Haan, Sammlungsleiterin und Ausstellungskuratorin am Deutschen Historischen Museum, Berlin; Honorarprofessorin für Neuere Geschichte am Institut für Geschichte der Technischen Universität Berlin.

Forschungsschwerpunkte: Kultur- und Mentalitätsgeschichte der Neuzeit; Erinnerungspolitik, Museumstheorie, Geschichte und Museum, Immaterielle Kultur, Museen und Nachhaltigkeit.

Publikationen: Zahlreiche Monographien, Herausgaben und Aufsätze, darunter: Geschichtskultur in der Zweiten Moderne (Hg.), Frankfurt a.M. 2000; Erinnernte Geschichte – Inszenierte Geschichte. Museen und Ausstellungen in der Zweiten Moderne, Frankfurt a.M. 2005 (Suhrkamp Edition Zweite Moderne).

Maschinenbau – Schlüssel zur Industrie

Maschinen ersetzen menschliche Handarbeit. Es gab sie zwar schon in der Antike, und in der Frühen Neuzeit gewannen sie in einigen Gewerbezweigen dauerhaft an Bedeutung. Aber zum dominierenden Mittel der Produktion wurden sie erst mit der von Großbritannien ausgehenden Industrialisierung. Dieser im Textilsektor einsetzende Prozess wurde mit der Entstehung eines *industriellen Maschinenbaus* zum Selbstläufer. Als Schlüsselbranche versorgt dieser nicht nur die Leichtindustrien, sondern auch die Landwirtschaft, den Bergbau, das Hüttenwesen und natürlich sich selbst mit den notwendigen Maschinerien.

Mit der Ablösung der vorindustriellen Werkstoffkombination Holz/Schmiedeeisen und dem Übergang zur Ganzmetallbauweise entwickelte sich im Maschinenbaubetrieb des 19. Jahrhunderts eine charakteristische, *technologisch bedingte Abteilungsstruktur*. Gießerei und Schmiede lieferten Rohteile, die in der Mechanischen Werkstatt maschinell bearbeitet und im Montagesaal von Hand angepasst und zusammengebaut wurden. Qualifizierte Facharbeit mit Handwerkzeugen und an Maschinen bildete das Rückgrat dieser Fertigung.

Maschinenbuanstalten entstanden häufig aus kleinen Mechanikerwerkstätten, aus Reparaturabteilungen von Textilbetrieben oder als Anhängsel von Eisenhütten. In einigen Regionen Deutschlands begann das schon in den Jahren um 1800. Zwischen 1815 und 1835 etablierten sich spezielle Sparten wie der Bau von Druckmaschinen und von Papiermaschinen. Einen starken An Schub brachte der Bau der Eisenbahnen, die ohne umfangreiche Werkstätten gar nicht erstellt und betrieben werden konnten. Zwischen 1835/40 und 1870 holte der deutsche Maschinenbau nicht nur seinen technischen Rückstand gegenüber dem britischen weitgehend auf, er wuchs auch endgültig in seine Rolle als Schlüsselindustrie hinein. Das geschah vor allem in den Aufschwungphasen der 50er und 60er Jahre.

So gesehen könnte man die 50er und 60er Jahre als „Gründerzeit“ im Sinne einer endgültigen Konsolidierung sehen. Der überhitzte Boom Anfang der 70er bildete dagegen schon den Übergang einer bis in die 90er Jahre anhaltenden Stagnationsphase. Diese war allerdings auch durch technische Entwicklungen gekennzeichnet, die erst im 20. Jahrhundert voll zum Tragen kamen (Massenfertigung technisch komplexer Konsumgüter).

Zum Autor

Dr. Volker Benad-Wagenhoff

* 22.11.48 in Dresden, Studium des Maschinenbaus und Promotion in Technikgeschichte an der TH Darmstadt; seit 1990 Konservator am Landesmuseum für Technik und Arbeit in Mannheim;

Forschungsschwerpunkt Geschichte der Fertigungstechnik, vor allem des industriellen Maschinenbaus; aktuell Recherchen zur Maschinisierung der Münzprägetechnik in der Frühen Neuzeit und am Beginn der Industrialisierung.

Christoph Buchheim

Staat und Unternehmen

Die Gründerzeit markiert in Deutschland den Durchbruch zu einem neuen Muster der wirtschaftlichen Entwicklung. Selbsttragendes Wachstum wurde gewissermaßen institutionalisiert, d.h. es wurde zum normalen, spontan sich einstellenden Ergebnis des wirtschaftlichen Handelns der Menschen. Infolgedessen begann seit den 1880er Jahren der Lebensstandard der Masse der Bevölkerung nachhaltig zu steigen, und die vorindustrielle Armut der unterständischen Schichten, die zeitweise die Mehrheit der Einwohner in den deutschen Staaten darstellten, konnte überwunden werden. Die entscheidende Voraussetzung dafür waren die Expansion, vor allem aber die Neugründung zahlreicher Unternehmen; neue Fabriken, neue Banken, neue Handels- und Verkehrsunternehmen entstanden. Von ihnen ging die ungewohnte Wachstumsdynamik aus; sie waren die Motoren des Einsatzes neuer Produktionstechnologien; sie schufen massenhaft neue Arbeitsplätze, konzentriert an einzelnen Orten, die zum Zielpunkt von Strömen von Arbeitsmigranten wurden und so zur Gründung neuer Städte und Stadtteile, zur Urbanisierung führten.

Warum aber brachen sich jene vielfältigen Gründungsaktivitäten in Deutschland erst jetzt, um die Mitte des 19. Jahrhunderts, Bahn? Vergleichbares hatte sich doch in England, der Schweiz, Belgien im Zuge der industriellen Revolution bereits Jahrzehnte früher ereignet; allerdings muss auch hinzugefügt werden, dass in vielen Regionen der Erde es bis heute nicht zu einer ähnlichen Entwicklung gekommen ist. Wovon also hängt es ab, ob es zu einer ‚Gründerzeit‘, zum Durchbruch der industriellen Revolution kommt?

Zwei Voraussetzungen sind entscheidend für erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung, zum einen die Herstellung geeigneter institutioneller Rahmenbedingungen und zum anderen ein ausreichender Pool an wirtschaftlich relevantem Wissen und entsprechenden Qualifikationen der Menschen. An beidem haperte es in Deutschland noch zu Beginn der 19. Jahrhunderts. Die extreme politische und wirtschaftliche Zersplitterung des Landes, geringe (soziale) Mobilität durch Schollengebundenheit und eingeschränkte Berufswahl, die Flurverfassung, Zugangssperren zu Städten und Gewerben, eine ineffiziente, korrupte Verwaltung, klientelistische Netzwerke auf lokaler Ebene, hoher Analphabetismus – all das begrenzte die unternehmerischen Aktivitäten, versperrte potentielle Absatzmärkte, erhöhte die Investitionsrisiken. Unter solchen Bedingungen konnten sich keine ausgedehnten Gründeraktivitäten entwickeln.

Katalysator für die tiefgreifenden Änderungen jenes Zustands war in Deutschland Napoleon. Der vom ihm veranlasste Reichsdeputationshauptschluss von 1803 beseitigte durch Säkularisierung und Mediatisierung die extreme Zersplitterung. Die

Notwendigkeit der Integration großer, in diesem Zusammenhang neu erworbener Territorien löste in vielen deutschen Mittelstaaten nachhaltige Verwaltungs- und Beamtenreformen aus, die als Nebeneffekt die Eigentumsrechte sicherer machten. Der Druck Napoleons und die hohen Kontributionen, die er forderte, stellten die Spitzen zahlreicher deutscher Staaten vor die Notwendigkeit, die Ertragskraft ihrer Volkswirtschaften zu steigern, um die Summen aufbringen zu können. Das führte zur Befreiung der unternehmerischen Initiative durch Agrar- und Gewerbe reform. Schließlich sind auch die umfangreichen Bildungsreformen der Staaten, beginnend zur gleichen Zeit, zu erwähnen, die die Grundlage legten für die führende Stellung Deutschlands am Ende des 19. Jahrhunderts in den damaligen High-Tech-Industrien Elektrotechnik und organische Chemie.

Demnach war der Staat die entscheidende Kraft für die Modernisierung der Strukturen in Deutschland. Die Niederlage gegen Frankreich schwächte die traditionellen, am Status quo interessierten gesellschaftlichen Eliten, so dass sich ein Zeitfenster öffnete für Reformen von oben. Angestoßen durch Napoleon, vorangetrieben durch die Fürsten und eine kleine Gruppe aufgeklärter Spitzenbeamter wurden so die grundlegenden Voraussetzungen für eine Gründerzeit geschaffen, die den Durchbruch der industriellen Revolution auch in Deutschland brachte.

Andreas Dornheim

Gründerzeit – Hungerzeit? Mineralische Düngemittel als „Problemlöser“

Der Revolution von 1848 ging mit dem Jahr 1847 bekanntlich ein ausgesprochenes Hungerjahr voraus. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verschwand der Hunger als allgemeines, kollektives Phänomen in der deutschen Gesellschaft. Hunger war von nun an individuelle Schicksale (schlechtes Einkommen, Alter etc.) oder an bestimmte Krisenzeiten, z.B. an Kriege (Erster und Zweiter Weltkrieg), gekoppelt. Hunger war nicht mehr strukturell bedingt.

Dass das Phänomen „Hunger“ in Deutschland verschwand, ist nicht zuletzt der Entdeckung, Entwicklung und systematischen industriellen Herstellung mineralischer Düngemittel zu verdanken. Dabei erwarben sich Chemiker und Unternehmer wie Hermann Grüneberg Verdienste. Seit 1839 hatte insbesondere Justus von Liebig auf die Bedeutung mineralischer Düngemittel hingewiesen. In mehreren Werken über die „Agrikulturchemie“ warb Liebig für seine Idee der mineralischen Düngung. Hermann Julius Grüneberg (1827-1894) stammte aus Stettin, zog 1858 nach Köln und gründete im selben Jahr zusammen mit dem Kölner Großhändler Julius Vorster die Firma „Vorster & Grüneberg“ in Kalk (bei Köln-Deutz), aus der später die Chemische Fabrik Kalk hervorging, ein Unternehmen der chemischen Großindustrie. Zur Düngung wurde in dieser Zeit u.a. Rübenpottasche oder sogenannte Schlempekohle verwendet, ein Abfallprodukt der Zuckerrübenproduktion. Etwas früher, um 1856/57 wurden von verschiedenen Kreisen Überlegungen angestellt, die sogenannten „Abraumsalze“ (Kalisalze), die beim Abbau von Steinsalz anfielen, als Düngemittel zu verwenden. Bis dahin waren die Abraumsalze lediglich als lästiges Abfallprodukt betrachtet worden. Ein Zentrum des Salzabbaues war die Stadt Straßfurt im preußischen Regierungsbezirk Magdeburg.

Ab Herbst 1861 kam es in Straßfurt zu mehreren Firmengründungen, deren Ziel es war, Kalisalze abzubauen. Die erste Firma war ein Ableger des Unternehmens „Vorster & Grüneberg“ und nahm im Oktober 1861 ihre Arbeit auf. Bis 1864 wurden 16 derartige Fabriken gegründet. Allen anderen an Ausstattung und Produktionskapazität überlegen war dabei das englische Unternehmen „Leisler & Townsend“.

Ab 1865 setzte eine umfangreiche publizistische Arbeits- und Vortragstätigkeit Grünebergs ein, mit der er für die neue „künstliche“ Düngung warb. Grüneberg entwickelte eine Düngetafel, die den Landwirten vermitteln sollte, wieviel Düngemittel sie für welche Pflanzenarten benötigten. Grüneberg reiste zu vielen landwirtschaftlichen Vereinen und hielt Vorträge. An Justus von Liebig schrieb er 1867, es sei eine „eigenthümliche Erscheinung“, daß die Landwirtschaft von der Industrie die entscheidenden Impulse zur „Bewirtschaftung ihres Ackers empfangen“ müsse. Liebig beglückwünschte Grüneberg und teilte ihm mit, er sehe „mit großem Vergnügen“, wie Grüneberg

seine (Liebig's) theoretischen Überlegungen in die Praxis umsetze. Durch die mineralischen Düngemittel wurde die Landwirtschaft revolutioniert, die Voraussetzungen für Bevölkerungswachstum und das Zusammenleben in großen Städten geschaffen sowie die politischen und sozialen Verhältnisse stabilisiert.

Zum Autor

Dr. rer. soc. habil. Andreas Dornheim ist Privatdozent für Neuere Geschichte und Landesgeschichte an der Universität Erfurt, hat sich 2001 mit einem privaten Forschungs- und Dienstleistungsinstitut selbstständig gemacht, ist u.a. als Historiker und Gutachter für Unternehmen und das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz tätig. Ab Oktober 2007 wird er zudem an der Universität Bamberg eine Stelle als „Lehrkraft für besondere Aufgaben“ antreten. Forschungsschwerpunkte u.a. Sozial- und Kulturgeschichte des Adels, Agrargeschichte.

Karl-Peter Ellerbrock

Industrialisierung und mentaler Wandel: Wirtschaftswachstum, Aktienwesen und Konsolidierung des kapitalistischen Wirtschaftssystem im westfälischen Ruhrgebiet von den Anfängen bis zur Gründerkrise

Unternehmerisches Wagnis war den Zeitgenossen in der Frühphase der Industrialisierung in der Regel suspekt. Das damit verbundene Risiko war für die Beurteilung ökonomischen Handelns – wie übrigens heute auch noch – eher negativ besetzt, obwohl ja nicht nur der ungünstige Fall des Schadens oder Verlustes, sondern ebenfalls auch der günstige Fall von Nutzen und Gewinn eintreten kann. Risiko ist also immer zugleich auch Chance. Offenkundig hängt die jeweilige Grundeinstellung dabei von den individuellen und kollektiven Wertvorstellungen ab. Und gerade der Bruch mit diesen Werten bedeutet ein weiteres, im Kern noch schwerer wiegendes gesellschaftliches Akzeptanzproblem.

Dies steht in einem diametralen Gegensatz zum Urteil bedeutender Ökonomen in der Tradition von Josef Schumpeter, die darin einen wichtigen Motor wirtschaftlichen Wachstums und zugleich auch gesellschaftlichen Fortschritts erkannten. Schon ein flüchtiger Blick in die deutsche Wirtschaftsgeschichte zeigt, dass unternehmerisches Wagnis nicht selten als Bedrohung empfunden wurde, insbesondere dann, wenn dabei die herrschenden ökonomischen und gesellschaftlichen Normen verletzt wurden. Doch Strukturwandel, oder besser wirtschaftlicher Fortschritt, beginnt immer in den Köpfen der Menschen, die ihre Angst vor der Veränderung und das damit verbundene Beharren auf traditionellen unternehmerischen Denk- und Handlungsmustern überwinden. Schon der in Harvard lehrende deutsch-amerikanische Ökonom Fritz Redlich formulierte in diesem Sinne treffend: „Vor der sogenannten industriellen Revolution waren die Produktionsmethoden in Europa relativ statisch: Die um 1750 angewandten wichen nicht wesentlich von jenen um 1300 ab. Fortschritt, soweit es ihn überhaupt gab, war langsam. Unter diesen Umständen wurden Menschen, die eine Änderung der Produktionsmethoden erstrebten, leicht mit Argwohn betrachtet. Sie wurden in einen Topf geworfen mit jenen, die vorschlugen, Edelmetalle aus Schiffswracks zu retten oder mit dem Segen des Teufels nach verborgenen Schätzen an Wegkreuzungen in Vollmondnächten zu graben.“ Die Neue Institutionenökonomik hat in diesem Zusammenhang z. B. auch die Bedeutung der Kategorie „Vertrauen“ in den Blickpunkt gerückt.

Im Mittelpunkt des Beitrages stehen jene mentalen Barrieren, die sich beim Weg ins „Kapitalzeitalter“ immer wieder auftürmten und nicht selten von leidenschaftlichen Debatten begleitet waren. Der Blick muss dabei bis in das ausgehende 18. Jahrhundert zurück reichen, als die wichtigsten institutionellen Hemmnisse im Übergang von Markt und „alter Ordnung“ fielen. Die Einführung und Entwicklung der neuen

Unternehmensform der Aktiengesellschaft, im zeitgenössischen Sprachgebrauch auch als „anonyme Gesellschaft“ bezeichnet, zeigt sodann, wie tief das Misstrauen der Zeitgenossen gegen die nicht mehr aufzuhaltende industrielle Entwicklung verwurzelt war. Die ersten Krisen „neuen Typs“ (Ernest Labrousse) führten im Untersuchungsraum, d. i. im engeren Sinne der Dortmunder Wirtschaftsraum, zu einer tiefen Vertrauenskrise, die sich hier zu einer „Industrieschwindeldebatte“ zuspitzte. Vergleicht man die Auswirkungen mit der sog. Gründerkrise, lässt sich, trotz eines vorübergehenden ökonomischen Einbruchs, den Hans Rosenberg als „Große Depression“ bezeichnete, im Kern ein ökonomischer Konsolidierungsprozess der kapitalistischen Wirtschaftsweise erkennen, der von einer zunehmenden mentalen Akzeptanz begleitet wurde.

Der Beitrag betrachtet dabei durchgängig ein Unternehmensbeispiel, nämlich die Konjunkturen und Krisen der 1841 in Hörde bei Dortmund von dem Märkischen Unternehmer Piepenstock gegründeten Hermannshütte, aus der 1852 mit dem Hörder Bergwerks- und Hüttenverein eine der ersten und größten Montanaktiengesellschaften des Ruhrgebiets hervorging.

Zum Autor

Am 5. Mai 1957 in Dortmund geboren. Erste Staatsprüfung für das Lehramt der Sekundarstufe II in Münster am 16. Juni 1984. Vom 1. Oktober 1984 bis zum 31. August 1988 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Historischen Seminars der Universität Münster und am Sonderforschungsbereich 164 „Vergleichende geschichtliche Städteforschung“ in Münster. Am 16. Januar 1991 Promotion an der Westfälischen Wilhelms - Universität zum Dr. phil. im Hauptfach Neuere Geschichte und den Nebenfächern Mittlere Geschichte und Deutsche Philologie. Thema der Dissertation: *Geschichte der deutschen Nahrungs- und Genußmittelindustrie 1750-1914*. Gesamtnote: Summa cum laude. Seit dem 1. September 1988 wissenschaftlicher Leiter des Hoesch Archivs und Hoesch Museums in Dortmund. Seit dem 1. August 1996 Direktor des Westfälischen Wirtschaftsarchivs in Dortmund.

Mitglied in zahlreichen Gremien und wissenschaftlichen Vereinigungen, v.a. im Steering Committee des International Council on Archives, Business and Labour Archives, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Gesellschaft für westfälische Wirtschaftsgeschichte, Mitglied im Vorstand des Historischen Vereins für Dortmund und die Grafschaft Mark, Mitherausgeber der Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsbiographien, Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der Volks- und Betriebswirtschaftlichen Vereinigung im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet etc.

Wilhelm Füßl

Von München in die Welt: Das Werkbuch des Bronzegießers Ferdinand von Miller

„Renaissancegestalt“, bayerischer „Benvenuto Cellini“ – das sind nur zwei von vielen Attributen, mit denen der königliche Erzgießer Ferdinand von Miller d.Ä. (1813-1887) etikettiert wurde. Dabei stammte er ursprünglich aus einer bescheidenen Gastwirtsfamilie im heutigen Fürstenfeldbruck bei München.

Miller gelang es, die Technik des Bronzegusses, die in Deutschland vernachlässigt worden war, neu zu beleben und mit seinen Monumentalgüssen künstlerische Akzente zu setzen. Das Werkbuch der Erzgießerei, das für den Beitrag / Aufsatz als Grundlage dient, verzeichnet mehrere Hundert Güsse aller Art. Aus ihm wird deutlich, dass die Münchner Gießerei internationales Ansehen genoss. In Nord- und Südamerika, quer durch Europa und sogar in Australien sind Millersche Güsse zu finden.

Für den Erfolg der Münchner Erzgießerei gibt es eine Reihe von Faktoren:

1. Kenntnis der Gusstechniken in Frankreich und Italien
2. Weiterentwicklung des Monumentalgusses durch eigene Innovationen
3. Besondere unternehmerische Qualitäten Millers:
 - Professionalisierung der alten Erzgießerei seines Vorgängers Johann Baptist Stiglmaier
 - Einführung einer ausgeklügelten Organisation und Logistik in seinem Unternehmen (verbesserte Buchhaltung, Parallelgüsse, Transportlogistik)
 - Risikofreudigkeit
 - Öffentliche Inszenierung seiner Gießversuche und der Güsse („public relation“)
4. Gezielte Zusammenarbeit mit führenden Künstlern in In- und Ausland bei der Anfertigung der jeweiligen Modelle -> hohe Qualitätsstandards
5. Weitgehende Kongruenz zwischen der Kunstpolitik des bayerischen Königs Ludwigs I. und Ferdinand von Millers künstlerisch-technischen Ansprüchen
6. Gelungene Verbindung von Handwerk, Kunst und Technik
7. Bedeutung der Monumentalgüsse als Repräsentationsformen für die verschiedenen Auftraggeber
8. Güsse und ihre Bedeutung im öffentlichen Raum

Dank seines herausragenden Rufs als weltweit führender Erzgießer wurde Ferdinand von Miller auch zu einem führenden Protagonisten konservativer Politik in München, Bayern und im Reich. Gleichzeitig begründete er mit seinen zahlreichen Kindern und Enkeln einen in München einflussreichen Familienverband, der über mehrere Generationen Politik, Wissenschaft, Kunst, Kunstgewerbe und Technik beeinflusste (u. a. seine Söhne Wilhelm, Oskar, Fritz und Ferdinand d.J. von Miller; sein Enkel Walther von Miller).

Zum Autor

Dr. Wilhelm Füßl

geb. 1955, Historiker

Leiter des Archivs des Deutschen Museums

Promotion über Friedrich Julius Stahl als Typ des politischen Professors im 19. Jahrhundert. Anschließend verschiedene berufliche Tätigkeiten in Archiven und Bibliotheken im In- und Ausland. Seit 1991 am Deutschen Museum.

Forschungsschwerpunkte:

Biografie und Technikgeschichte, Geschichte technischer Museen.

Veröffentlichungen (Auswahl):

- „Biographie und Technikgeschichte“ (gemeinsam mit Stefan Ittner), 1998
- Geschichte des Deutschen Museums. Akteure Artefakte, Ausstellungen (herausgegeben mit Helmuth Trischler), 2003.
- Oskar von Miller 1855-1934. Eine Biographie“, 2005.

Silvia Glaser

Das Bayerische Gewerbemuseum in Nürnberg und seine Gründerväter Lothar von Faber und Theodor von Cramer-Klett.

1. Ausgangssituation: Die wirtschaftlich desolate Situation der Reichsstadt Nürnberg zum Zeitpunkt des Übergangs an das junge Königreich Bayern 1806.
2. Gewerbe und Handwerke in der Stadt leiden unter den restriktiven Reglementierungen, die das überkommene zunftähnliche System im Laufe der Jahrhunderte hat entstehen lassen. Ein erheblicher Teil der Handwerks- und Gewerbetreibenden ruft nach Einführung der Gewerbefreiheit, die allerdings erst 1868 realisiert wird.
3. Bemühungen zur Gewerbeförderung: 1792 Gründung der Gesellschaft zur Förderung der vaterländischen Industrie durch Johann Ferdinand Roth (1748-1814). Die Programmschrift beklagt u.a. die „Ideenlosigkeit“ des Nürnberger Handwerks und Gewerbes.
4. Die Idee eines Bayerischen Gewerbemuseums: Johann Caspar Beeg (1809-1867): 1844 Leiter der Landwirtschafts- und Gewerbeschule in Fürth. In seinem Aufsatz „Die Form“, 1845/46, entwirft er ein Konzept zur Gewerbeförderung in Bayern. 1864 Ernennung zum Gewerbekommissär der Stadt Nürnberg. In seiner Antrittsrede propagiert er die Schaffung eines Gewerbemuseums. Seine Besuche der ersten Weltausstellungen konkretisieren seine Vorstellungen.
5. 1867 Lothar von Faber (1817-1896), Industrieller aus Stein b. Nürnberg, versucht im Rahmen eines Vortrages in München, den bayr. König Ludwig II. für die Idee „Gewerbemuseum“ zu gewinnen.
6. 1867-1869: In dem Industriellen, Theodor von Cramer-Klett (1817-1884), und dem 1. Bürgermeister von Nürnberg, Karl Otto Stromer von Reichenbach, findet Faber weitere „Verbündete“. Das Museum nimmt konkrete Gestalt an.
7. 1869 Gründungsversammlung des Bayerischen Gewerbemuseums. Unter Beteiligung von Städten, Landkreisen, Privatvereinen wird das Gründungskapital zusammengetragen.
8. Struktur des Bayerischen Gewerbemuseums: Mustersammlung, Bibliothek, Vorbildersammlung, Zeichenbureau, Versuchslabor, Hörsaal, Werkstätten, Galvanoplastische Anstalt (ab 1871/72).

Zur Autorin:

Dr. Silvia Glaser, Geb. 1958, Studium der Kunstgeschichte, Geschichte an der Universität Erlangen.

Seit 1990 am Germanischen Nationalmuseum Nürnberg als Leiterin der Abt. Gewerbemuseum (ehemaliges Bayerisches Gewerbemuseum Nürnberg) und der Abt. Design.

Ralph Gleis

Ein Bild von einem Gründer. Formen und Medien der Repräsentation des Unternehmers im 19. Jahrhundert

Angesichts ihres wirtschaftlichen Erfolgs suchten Firmengründer und Unternehmer im 19. Jahrhundert nach neuen, ihrem gesellschaftlichem Rang und Ansehen entsprechenden Formen der Repräsentation. Eine herausragende Stellung nahm hierbei das Porträt ein, welches das gewachsene Selbstbewusstsein des Bürgertums zum Ausdruck bringen sollte. Mit dieser Aufgabe etablierte sich ein neuer Darstellungstypus, der in der Porträttradition den Übergang vom Standes- zum Gesellschaftsportrait markiert. Es ist kein Zufall, dass diese Entwicklung – unter ähnlichen gesellschaftlichen Bedingungen – ihren Ausgang bereits Ende des 18. Jahrhunderts in England, dem Mutterland der Industrialisierung, nahm.

Neben der repräsentativen Darstellung des Unternehmers im Ölgemälde und der noch größere Dauerhaftigkeit suggerierenden Büste in Marmor oder Metall, trat im 19. Jahrhundert die Photographie als neues Medium der Porträtkunst seinen Siegeszug an. Bald schon ist diese Technik so verbreitet, dass sich Familien wie Siemens ohne gekünstelte Pose – fast wie im Schnappschuss – präsentieren.

Inhaltlich und formal mischt sich Altes mit Neuem. Auf der einen Seite sind die Porträtierten mit allen Insignien der neuen Zeit ausgestattet, beispielsweise mit der bürgerlichen „Uniform“, dem schwarzem Anzug mit gestärktem weißem Hemd, sowie der Taschenuhr als Symbol einer rationalen Zeiteinteilung. Es versteht sich, dass von der Uhr nur die Kette sichtbar getragen wurde, allerdings setzte bei den Berlocken an der Chateline gerade auch die feinere Distinktion ein. Begegnen uns die Porträtierten häufig im bescheidenen bürgerlichen Anzug, so wurde doch viel Wert auf kostbare Stoffe und Herrenschmuck wie etwa den Siegelring gelegt, die der Künstler selbstverständlich stillebenhaft in das Porträt einzubeziehen hatte.

Auf der anderen Seite werden Formen adeliger Repräsentation durch den selbstbewussten Unternehmer beansprucht und seinen Bedürfnissen gemäß umgeformt: Das ganzfigurige Porträt, als ehemals vornehmste Art der Fürstendarstellung, findet sich in kleineren Formaten vor allem in der Carte-Visit Photographie oder im gezeichneten Porträt wie beim jungen Krupp. Auch die Posen des Adels, mit der auf dem Tisch aufgestützten Hand, werden kopiert. Nicht selten wurde der Porträtierte im Sitzen und als Kniestück dargestellt, wobei Beiwerk wie Säule und Vorhang – als Verweis auf den herrschaftlichen Baldachin – aus der aristokratischen Ikonographie entlehnt werden. An die Stelle des Schlosses im Bildhintergrund tritt hier allerdings die Fabrik, womit darauf verwiesen wird, dass der Gründer seine gesellschaftliche Stellung nicht durch die Herkunft, sondern durch seine persönliche Leistung erreicht hat. Dies wird überdies durch Attribute wie der technischen Zeichnung deutlich. Die Bildsprache des Unternehmerporträts unterlag im Laufe des

19. Jahrhunderts einem Wandel, kündigt jedoch stets von den Fähigkeiten des Dargestellten und von ihm Geleisteten.

Der Stolz auf das Erreichte dokumentiert sich ebenso in Festen und Firmen-Jubiläen, zu denen nicht selten kostbare Andenken erdacht und verschenkt wurden. Wenn beispielsweise die Arbeiter ihrem Patriarchen zur 1000. Krauss'sche Lokomotive mit einem Straußeneipokal gratulieren, auf dem eine manieristische Merkurfigur mit Lokomotive auf dem Arm prangt, so mag dies heute zunächst verwundern. Für den Betrachter des 19. Jahrhunderts war jedoch offensichtlich, dass hiermit auf die Renaissance als vermeintlich goldenem Zeitalter bürgerlicher Kultur rekurriert wurde, wovon auch die beliebten Festumzüge künden. Angesichts solcher Inszenierungen ist es nur zu verständlich, wenn Friedrich Nietzsche in seinen *Unzeitgemäßen Betrachtungen* bereits 1873 sich und seinen Zeitgenossen attestierte, „dass wir alle an einem verzehrenden historischen Fieber leiden.“ Der selektive Rückgriff auf die Tradition, der mit dem Begriff Historismus beschrieben wird, war jedoch die vorherrschende Strategie, sich seiner bürgerlichen Identität in der Gegenwart zu versichern. In diesem Sinne handelt es sich um die Einbindung in einen größeren Entwicklungszusammenhang und somit um ein zukunftsorientiertes Rückwärtsblicken.

Zum Autor

Ralph Gleis M.A., Kunsthistoriker: Studium der Kunstgeschichte, Geschichte und Soziologie in Münster, Köln und Bologna. Im Anschluss an das Magisterexamen 2001 Aufnahme eines Dissertationsprojekts über die Neudefinition der Historienmalerei im 19. Jahrhundert am Beispiel des Wiener Malers Anton Romako. Forschungsschwerpunkte sind die Visualisierung der Geschichte in der Kunst, die europäische Malerei des 19. und die politische Ikonographie des 20. Jahrhunderts. Die wissenschaftliche Arbeit wurde durch Tätigkeiten als Kunsthistoriker für die LETTER Stiftung, das Kunsthistorische Institut der Universität Köln, die Galerie Jablonka Lühn, später als Referent des Domforums Köln begleitet. Mitarbeit an verschiedenen kunst- und kulturgeschichtlichen Ausstellungen. Seit August 2006 als wissenschaftlicher Volontär am Deutschen Historischen Museum in Berlin vornehmlich im Ausstellungsbereich tätig. Derzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Gründerzeit 1848-1871. Industrie und Lebensträume zwischen Vormärz und Kaiserreich.“

Vera Hierholzer

Strategien der frühen Nahrungsmittelindustrie am Beispiel Stollwerck

Die Phase der Industrialisierung war durch ein bis dahin unvorstellbares wirtschaftliches Wachstum gekennzeichnet, das mit einem rasanten technischen Wandel verbunden war und sich schrittweise auf allen Ebenen der Gesellschaft und in allen Belangen des Alltags niederschlug. Ein Bereich, der von dieser Entwicklung in signifikanter Weise erfasst wurde, war die Ernährung – hier wurden die vielfach ambivalenten Konsequenzen der sich herausbildenden industrialisierten Arbeits- und Lebensform und der Technisierung und Verwissenschaftlichung der beginnenden Massenproduktion besonders deutlich.

Auf Basis der wachsenden Kaufkraft, der Ertragssteigerungen der Landwirtschaft und technologischer Innovationen verbesserte sich die Ernährungssituation seit dem zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts allmählich, die Ernährung wurde reichhaltiger und vielseitiger. Gleichzeitig übernahmen Handwerk, Handel und Industrie zunehmend die Nahrungsmittelversorgung. Die fortschreitende Urbanisierung und die wachsende Arbeitsteilung beschleunigten den Wandel von der Subsistenz- zur Verbraucherwirtschaft, die Nahrungszubereitung und in Teilen auch die Nahrungsaufnahme wurden nach und nach aus den privaten Haushalten externalisiert. Die länger werdende Verteilungskette zog eine zunehmende Distanz des Konsumenten vom unmittelbaren Erzeuger nach sich. Technisch-industrielle Fertigungsprozesse erhielten eine wachsende Bedeutung, die Industrie reagierte mit neuen Produkten auf die sich verändernden Konsumgewohnheiten. Grundlage waren vielfach die neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Zusammensetzung und Funktion der menschlichen Ernährung.

Als „Treibstoff“ der „Maschine Mensch“ erhielt die Nahrung in der Vorstellung der erstarkenden Naturwissenschaften eine zentrale Rolle – ebenso wie im Rahmen der Bestrebungen politischer und wirtschaftlicher Eliten, die Effizienz und Produktivität der Wirtschaft zu steigern. Obwohl – oder gerade weil – sich die Ernährung verbesserte, nahmen seit Mitte des 19. Jahrhunderts Klagen über Nahrungsmittelverfälschungen zu, die 1879 schließlich zum Erlass eines reichsweiten Nahrungsmittelgesetzes führten. Mit steigendem Lebensstandard wuchs das Qualitätsbewusstsein, zumal die Lebensmittelchemie nun differenzierte Methoden zur Identifizierung von Wertminderungen und Manipulationen zur Verfügung stellte. Gleichzeitig verursachte die immer größer werdende Abhängigkeit vom sich ausdifferenzierenden, anonymer werdenden Markt Unbehagen.

Die entstehende Nahrungsmittelindustrie musste zunächst das Vertrauen der Konsumenten gewinnen. Sie entwickelte deshalb

vergleichsweise früh gezielte Werbestrategien. Mit aufwendig gestalteten Werbeanzeigen suchten die Nahrungsmittelproduzenten eine hochstehende Produktqualität zu belegen, gleichzeitig rezipierten sie die Forschungsergebnisse der Ernährungswissenschaften und versuchten dem wachsenden Interesse an „gesunden“ Nahrungsmitteln nachzukommen. Führend war der Schokoladenhersteller Stollwerck, der schon früh im großen Stil zahlreiche Hausmittelchen aus Menthol, Lakritzen und Eukalyptus sowie „Sanitäts-Schokoladen“ vertrieb. Seit den 1880er Jahren begründeten Großunternehmen der Nahrungsmittelindustrie eigene Forschungslaboratorien, die an der Entwicklung der Produkte mitwirkten und ihre Qualität überprüften. Ein weiteres Mittel zur Gewinnung des Konsumentenvertrauens war die öffentlichkeitswirksame Verpflichtung auf selbstgesetzte Qualitätsstandards. Ein frühes Beispiel ist der 1876 gegründete „Verband deutscher Chokoladefabrikanten“, der noch vor Verabschiedung des Nahrungsmittelgesetzes Produktionsrichtlinien aufstellte, eine systematische Kontrolle seiner Mitglieder installierte und einwandfreien Produkten ein Qualitätssiegel verlieh.

Hier kündigte sich bereits an, was mit der Etablierung der Markenartikel einen vorläufigen Abschluss fand: Die Identifizierung eines Produkts mit einer bestimmten Firma wurde zu einem zentralen Ziel. Auch hier nahm die Schokoladenindustrie eine Pionierrolle ein: Eine der ersten Marken brachte der Schokoladenhersteller Stollwerck heraus, der seit etwa 1870 seinen Namen als „Qualitätssparole“ verwendete, weitere Unternehmen folgten seit den 1880er Jahren. Der immer weniger stattfindende persönliche Kontakt zwischen Produzenten und Konsumenten sollte durch Qualitätssiegel und Marken, die gleichbleibende Qualität versprachen, gewissermaßen simuliert werden.

Die Nahrung erhielt seit der frühen Industrialisierung mithin allmählich einen anderen Stellenwert: Nicht nur die Strukturen der Nahrungsmittelversorgung, der soziale Kontext der Nahrungsaufnahme und die Beschaffenheit der Nahrungsmittel selbst veränderten sich, auch die wissenschaftliche Sicht auf die Ernährung und die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dieser wandelte sich.

Zur Autorin

Vera Hierholzer, Jahrgang 1977, 1996 - 2001 Studium der Neueren und Neuesten Geschichte, Mittleren Geschichte und des Öffentlichen Rechts in Münster, 2002 - 2004 Doktorandin am Max-Planck-Institut für europäische Rechtsgeschichte in Frankfurt am Main, anschließend wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte e.V. und am Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Frankfurt, 2006 Promotion zum Dr. phil. mit einer Arbeit zur Regulierung der Nahrungsmittelqualität in der Industrialisierung, seit Januar 2006 wissenschaftliche Volontärin am Landesmuseum für Technik und Arbeit in Mannheim

Wichtigste Veröffentlichungen:

- The "War against Food Adulteration". Communal Food Monitoring and Citizen Self-help Associations, in: Peter Atkins/ Peter Lummel/ Derek. J. Oddy (Hg.): Food and the City in Europe since 1800, Aldershot 2007, S. 117-130.
- "Nahrungsmittelgendarmen": Der Beitrag der Nahrungsmittelchemie zur Regulierung der Nahrungsmittelqualität im Deutschen Kaiserreich, in: Gesellschaft Deutscher Chemiker, Fachgruppe Geschichte der Chemie (Hg.): Mitteilungen Nr. 18 (2005), S. 97-108.
- Die Unternehmer der münsterischen Industrie bis zur Zwischenkriegszeit, in: Helene Albers/Ulrich Pfister: Industrie in Münster. Lokale Rahmenbedingungen - Unternehmensstrategien - regionaler Kontext, Münster 2001 (= Untersuchungen zur Wirtschafts-, Sozial- und Technikgeschichte, Band 21), S. 86-128.
- Einleitung: Industrie in einem Dienstleistungszentrum - Münster seit dem späten 19. Jahrhundert, in: ebd., S. 9-31 (zusammen mit Helene Albers und Ulrich Pfister).
- Verschiedene Rezensionen und Tagungsberichte für die Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, H-Soz-u-Kult und sehepunkte

Leonore Koschnick

Kronprinzessin Victoria und der Berliner Handwerker-Verein als Initiatoren des Deutschen Gewerbe-Museums (Arbeitstitel)

Das Deutsche Gewerbe-Museum als „Central-Institut für die industrielle Kunst“ wurde 1867 in Berlin als Verein gegründet. Ziel dieses Vereins war es, sowohl eine Unterrichtsanstalt als auch eine Modell- und Mustersammlung zur „Förderung und Hebung der deutschen Kunstindustrie“ aufzubauen.

Kronprinzessin Victoria hatte zwei Jahre zuvor einen Bericht über „Die Förderung der Kunst-Industrie in England“ und den „Stand dieser Frage in Deutschland“ in Auftrag gegeben. Am Vorbild des Londoner Kensington-Museums orientierte sich die weitere Planung. Das Anliegen des Vereins wurde zu einem Projekt des preußischen Staates.

Kritik am äußeren Erscheinungsbild der gewerblichen Produkte in Preußen hatte es allerdings schon nach der Gewerbeausstellung 1844 im Berliner Zeughaus gegeben.

Franz Kugler, Kunstdezernent im Ministerium für geistliche, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten, wollte bereits eine selbständige „allgemeine Zeichnen- und Modellierschule“ einrichten, die „vorzugsweise zur höheren Ausbildung der Kunsthandwerker dienen“ sollte. Die Pläne kamen 1848/49 zum Erliegen.

Auch der 1844 gegründete Berliner Handwerker-Verein, dessen größtes Anliegen die Weiterbildung seiner Mitglieder war, musste sich 1850 aus politischen Gründen auflösen. Erst neun Jahre später, nachdem Wilhelm I. als Prinzregent die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, konnte sich der Neue Berliner Handwerker-Verein zusammenschließen. Nach der Gründung des Gewerbe-Museum-Vereins einigten sich beide Vereine auf ein gemeinsames Unterrichtsangebot für Kunst-Handwerker.

Fazit:

1844-1848 wurden bereits viele Ideen zur Förderung des Kunst-Gewerbes entwickelt, die erst nach 1867 mit der Gründung des Deutschen Gewerbe-Museums umgesetzt werden konnten.

Zur Autorin

Dr. Leonore Koschnick

- Studium der Kunstgeschichte, Geschichte und Bibliothekswissenschaften

- 1985 Promotion mit einer Arbeit über „Franz Kugler (1808-1858) als Kunstkritiker und Kulturpolitiker“

Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Ausstellungen (Auswahl):

- 1981 „Preußen – Versuch einer Bilanz“

- 1987 „Berlin, Berlin“

- 1990 „Bismarck. Preußen Deutschland und Europa“

- 1995 „Bilder und Zeugnisse der deutschen Geschichte“

- 1999 „Einigkeit und Recht und Freiheit. Wege der Deutschen 1949-1999“

- 2006 Ständige Ausstellung des DHM

Seit 1993 Sammlungsleiterin am DHM (Kunstgewerbe, Skulpturen, Graphische Sammlung)

Ulrike Laufer

Merkur und Germania – Galionsfiguren einer merk-würdigen Gründerzeit

Wer sich im Sprachgebrauch des 19. Jahrhunderts auskennt, weiß, dass das Wort „merkwürdig“ erstens sehr gerne und zweitens anders als heute ohne ironischen Unterton nämlich im wörtlichen Sinne gebraucht wurde. Der viel beschworene Fortschritt lehrte die Menschen das Staunen und es galt fast jeden Tag aufs Neue aufzumerken und etwas Neues, Großartiges, Kolossales „Noch- Nie- Dagewesenes“ zu beschreiben.

Es war ein Verdienst des aus der Schweiz nach Leipzig zugewanderten Buchhändlers und Verlegers Johann Jakob Weber, dass in einer der meist gelesenen Wochenschriften dieser Zeit anstelle umständlicher Beschreibungen immer mehr und immer bessere Illustrationen traten, die – und das war das wirklich gänzlich Neue an der seit Juli 1843 erscheinenden Leipziger Illustrierten Zeitung – in unglaublicher Aktualität, meist innerhalb von zwei und mit Aufkommen der Photographie als Bildvorlage sogar innerhalb von einer Woche dem Leser hoch interessante, detail- und nuancenreiche Illustrationen des Weltgeschehens lieferten und – das war die zweite umwerfende Neuerung – in den Text gesetzt werden konnten. Dieser unmittelbare Bezug erlaubte eine bisher nur auf Flugblättern gekannte Intensität der Aussage, ein Verquicken von Sehen und Begreifen, das letztendlich weit mehr als die aus dem Boden sprießenden Denkmale zur Entstehung eines kollektiven Bildgedächtnisses beitrug. Die Leipziger Illustrierte Zeitung, eine deutsche Antwort auf die ein Jahr ältere Illustrated London News, war sich dieser Wirkung von Anfang sehr wohl bewusst. Und sie setzte sie auch bewusst ein, um ein liberales Programm zu propagieren, das sich sowohl die politische Einheit eines noch recht diffus umschriebenen ansatzweise mit dem deutschen Sprachraum identischen Reiches auf die Fahnen geschrieben hatte, als auch die industrielle und wirtschaftliche Aufholjagd zu den westlichen Nachbarn, was zugleich bedeutete: Erziehung der Leserschaft zu politischer Mündigkeit, sozialer Verantwortung und protestantisch-calvinistischer Leistungsbereitschaft. Kurzum, Johann Jakob Webers illustriertes Wochenblatt kann ohne Zweifel als ein Sprachrohr des wirtschaftlich und gesellschaftlich aktiven, dem Fortschritt zugewandten und in vielen Nuancen zwischen nationalen und sozialen Überzeugungen changierenden liberalen Bürgertums gesehen werden.

Ganz im Stil der Zeit bediente sich die Redaktion dabei nicht nur bisweilen phantasie reich ausgeschmückter Ereignisbilder, sondern ließ u.a. durch namhafte Künstler wie z. B. Caspar Scheuren – wohnhaft im doch von Leipzig etwas entfernt liegenden Düsseldorf – gedankenvolle Allegorien und Veduten entwerfen, die das notwendige Programm der Zeit in besonders verdichteter Form der Leserschaft nahe brachten. Beliebte Symbole waren dabei Merkur und – abgesehen von einer kurzen rasch überwundenen Schwächelei in den frühen 1850er

Jahren – Germania mit den dazugehörigen Attributen wie rauchenden Schloten, dampfenden Maschinen und Lokomotiven, strahlenden Lichtquellen oder in Fontänen gebändigter Wasserkraft auf der Seite des Merkur und wehenden Fahnen, gotischen Türmen, fellgeschürzten und gehörnten Teutonen sowie überhaupt einer zu Aufmärschen und Festumzügen geformten Bürgermehrheit auf der Seite der Germania. Die Autorin, die zugleich Kuratorin des Ausstellungsprojekts ist, wird sich bemühen, in ihrem Beitrag zur Tagung illustrative Beweise zu dem in diesem Paper formulierten Thesen zu liefern. Dabei soll die mögliche gegenseitige Vereinnahmung oder sogar Befruchtung der politischen Reichsgründungskräfte und der industriellen ökonomischen Energie dieser Zeit angedeutet werden und die Tagungsteilnehmer nicht nur am Tag der Deutschen Einheit zur Diskussion anregen.

Zur Autorin

Dr. Ulrike Laufer: Historikerin, Referentin und Kuratorin im Haus der Bayerischen Geschichte, Münchner Stadtmuseum, Landesmuseum für Technik und Arbeit Mannheim, Museum Zollverein Essen und jetzt im Deutschen Historischen Museum.

Petra Lennig

Das verweigerte Duell: Bismarck gegen Virchow

Am 2. Juni 1865 hatte der Preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck (1815-1898) dem Professor für Pathologie an der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität und Abgeordneten der Deutschen Fortschrittspartei Rudolf Virchow (1821-1902) nach einer stürmischen Debatte im Preußischen Landtag, noch während der Sitzung und vor allen Abgeordneten, eine Duellforderung angekündigt. Dieser Forderung ging eine jahrelange Auseinandersetzung im Zuge des sogenannten ‚Preußischen Verfassungskonfliktes‘ voraus: Die liberalen Abgeordneten waren wiederholt nicht bereit gewesen, den dem Parlament immer wieder neu vorgelegten Staatshaushaltsplan, der dem Heer ein riesiges Budget zusichern sollte, zu ratifizieren. Man sah das Geld in einer Verbesserung der Infrastruktur des Landes besser angelegt. Der eigentliche Hintergrund dieser Auseinandersetzung, wenige Jahre vor dem deutsch-französischen Krieg, war aber wohl ein Aufeinanderprallen von monarchistischen und liberalen Auffassungen.

An jenem 2. Juni 1865 hatte der Abgeordnete Virchow in einer längeren Rede die Politik des Ministerpräsidenten besonders scharf kritisiert und zudem bezweifelt, dass dieser ein bestimmtes Schriftstück gelesen habe, falls aber doch, so wisse er nicht, was er von dessen „Wahrhaftigkeit“ halten solle. Diese Worte nahm Otto von Bismarck zum Anlass, Rudolf Virchow einen Tag später seinen Sekundanten zu schicken. Nach einigen Irritationen und Missverständnissen lehnte Virchow das Duell kategorisch ab.

Die Auseinandersetzung spaltete das Land. Stürmische Sympathiekundgebungen für Rudolf Virchow auf der einen Seite, auf der anderen Seite Verständnis für Otto von Bismarck. Natürlich machte dieser Eklat in Windeseile auch Schlagzeilen. Das Echo in der Presse war enorm. Einige Blätter bezweifelten gar, dass Virchow überhaupt eine ‚Ehre‘ zu verteidigen hätte – weder von Geburt noch von seiner Stellung her. Neben den mehr oder weniger offiziellen Verlautbarungen der Journalisten meldeten sich nun auch viele Privatpersonen zu Wort. Einige der Briefe tragen Hunderte von Unterschriften: Man spricht seinen Dank für die Ablehnung des Duells aus und anerkennt unter anderem, dass Professor Virchow „als hervorragendes Beispiel unserer gesetzgebenden Versammlung (seinen) Mitbürgern ein schönes Beispiel der Heilighaltung unserer Gesetze“ gegeben habe.

Das Objekt, das in der Ausstellung gezeigt werden wird, ist eine von 716 Personen unterschriebene Grußadresse der Bürger des Bezirksvereins im Berliner Stadtteil ‚Alt-Cölln‘. Bei dieser frühen ‚Bürgerinitiative‘ unterschrieben Menschen verschiedener Berufsgruppen einen Text, in dem Rudolf Virchow Dank für seinen Mut ausgesprochen wird, dieses Duell abzulehnen.

Freimütig gaben sie Namen, Adresse und Beruf an. Sie kennzeichneten sich unter anderem als Kaufmann, Fabrikant, Tischler, Schneider, Beamter, Arbeiter, Optikus. Zu den Initiatoren dieser Aktion zählte Ludwig Loewe (1837-1886), einer der Gründerväter der Berliner Industrie.

Dieses Dokument stellt ein schönes Beispiel für das erstarkte Selbstbewusstsein der Berliner Bürger zum letzten Drittel des 19. Jahrhunderts dar.

Zur Autorin

Dr. phil. Petra Lennig, Jahrgang 1955, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Berliner Medizinhistorischen Museum der Charité. 1973-1980 Studium der Philosophie und Wissenschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. 1980-1997 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Geschichte der Medizin der Charité Berlin. 1990 Promotionsarbeit zum historisch tradierten Leib-Seele-Problem und dem Lösungsansatz der Psychophysik, einem Thema im Grenzgebiet zwischen Medizin, Psychologie und Philosophie. Seit 1998 am Berliner Medizinhistorischen Museum der Charité tätig. Verantwortliche Mitarbeit an der ersten Dauerausstellung zur Eröffnung des Museums am 25. März 1998. Mitwirkung an verschiedenen Sonderausstellungen und anderen Projekten des Museums. Veröffentlichungen: Publikationen und wissenschaftliche Vorträge zu verschiedenen medizinhistorischen Themen speziell des 19. Jahrhunderts. Monographien über Gustav Theodor Fechner 1994 im Lang-Verlag und Emil du Bois-Reymond 1996, Ausstellungs- und Katalogtexte, sowie Arbeiten zu Rudolf Virchow.

Jörg Lesczenski

Strategien der Unternehmensfinanzierung: August Thyssen und seine Unternehmen

Als August Thyssen in seinen letzten Lebensjahren auf seine Anfänge als Unternehmer zurückblickte, machte er vor allem die familiäre Unterstützung als eine unverzichtbare Voraussetzung für seine Karriere aus. Den erfolgreichen beruflichen Start verdanke er in besonderem Maße seinem „unvergesslichen Vater“ Friedrich, Mitbegründer und späterer Direktor der „Draht-Fabrik-Compagnie“ (1822) in Eschweiler. Erst durch sein Vertrauen, erst durch die finanziellen Mittel, die sein „würdiger Vater“ ihm „selbstlos überließ“, seien ihm die Schritte in die Selbständigkeit gelungen. In der Tat: Die Gründung der beiden Walzwerke „Thyssen, Fossoul & Co.“ (1867) und die rasche Expansion des ersten eigenen Unternehmens „Thyssen & Co.“ (1871) ausgerechnet in den Jahren der Gründerkrise wären ohne die nachhaltige materielle Unterstützung aus dem Kreis der Familie kaum möglich gewesen.

Nicht minder wichtig wurde das immaterielle Kapital, das seine Eltern ihm als unverzichtbaren Startvorteil zukommen ließen. So ermöglichten Friedrich und Katharina ihrem Sohn einen umfassenden und fachlich qualifizierten Ausbildungsweg, der August Thyssen von der Rektoratschule in seiner Heimatstadt Eschweiler, der Höheren Bürgerschule in Aachen über das Polytechnikum in Karlsruhe bis hin zur Handelshochschule „Institut Supérieur du Commerce de l'État“ in Antwerpen führte. In der praktischen Arbeit im väterlichen Bankhaus vervollständigte seine theoretischen Kenntnisse, um schließlich Eschweiler zu verlassen und im Ruhrgebiet seine ersten Schritte als Unternehmer anzugehen.

Von ebenso großer Bedeutung wurden die freundschaftlichen Beziehungen, die zwischen den Familien Thyssen und Bicheroux bestanden. Franz Bicheroux war bereits im April 1855 an der Gründung des Puddel- und Walzwerk „Bicheroux, Marcotty & Co.“ beteiligt. Dass Thyssens Schwester Balbina mit Désiré Bicheroux befreundet und seit 1867 schließlich verheiratet war (einem Sohn Franz Bicheroux, der auch zum Gesellschafterkreis der Firma „Thyssen, Fossoul & Co.“ gehörte), bewogen ihn zusätzlich, das Ruhrgebiet als Sprungbrett seiner eigenen Unternehmerlaufbahn zu wählen.

Die Strategien der Unternehmensfinanzierung stützten sich allerdings nicht nur auf familiäre Ressourcen. Thyssen fühlte sich von Beginn an dem „Primat der Eigenfinanzierung“ (Volker Wellhöner) verpflichtet: Die interne Kapitalmobilisierung, die Kapitalakkumulation aus laufenden

Gewinnen, aus Rückstellungen etc. ermöglichte immer wieder auch kostenintensive Projekte. Der Kapitalbeschaffung diente ferner die frühe Beteiligung an Firmen (wie z.B. der AG Schalker Gruben- und Hüttenverein). Hier legte Thyssen – nicht selten spekulativ – frei verfügbare Ressourcen seiner Stammfirma in Aktien und Kuxen an. In den ersten Jahren waren überdies auch Geschäftsbeziehungen zu regionalen Kredithäusern wie den Instituten von Gustav Hanau oder Ernst Nedelmann von Gewicht, bevor die Beziehungen zu den namhaften Banken in der Reichshauptstadt immer wichtiger wurden. Zu den Großbanken ein Vertrauensverhältnis aufzubauen, machte für Thyssen rückblickend die eigentliche „Hauptkunst“ aus, um die kontinuierliche Expansion der Werksanlagen sicherzustellen.

Zum Autor

- Studium der Geschichtswissenschaft, der Politikwissenschaft und der Soziologie an der Ruhr-Universität Bochum;
- April 1999–März 2000: Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Ruhr-Universität Bochum;
- April 2000 – März 2003: Wissenschaftlicher Mitarbeiter am „Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung“ der Ruhr-Universität Bochum (ZefiR). Mitarbeiter im interdisziplinären Forschungsprojekt „August Thyssen und Schloss Landsberg. Ein Unternehmer und sein Haus“ (gefördert von der Fritz Thyssen-Stiftung); Titel der Dissertation: August Thyssen 1842-1926. Lebensführung eines Wirtschaftsbürgers (im Druck)
- Juni 2004–Dezember 2005: Leitung des Projekts „Widerstand in Bottrop in der NS-Zeit“ im Stadtarchiv Bottrop; Abschluss der Publikation „Ab heute scheidet sich von euch für immer - Widerstand und Resistenz in Bottrop 1933 – 1945“;
- Februar 2006: Werkvertrag mit der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte e.V., Frankfurt am Main: Aufarbeitung der Unternehmensgeschichte der Messer Group GmbH;
- Seit Oktober 2006 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Johann Wolfgang-Goethe Universität Frankfurt am Main

Publikationen u.a.:

- Die „nächst den Kirchenführern [...] am wenigsten flexible Elitegruppe“? Soziale Rekrutierung und Lebensführung der deutschen Wirtschaftselite zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik, in: Geschichte in und Wissenschaft und Unterricht 56 (2005), S. 170 – 182.
- Die Thyssens, in: Reinhardt, Volker (Hg.): Deutsche Familien. Historische Portraits von Bismarck bis Weizsäcker, München 2005, S. 208–243 (gemeinsam mit Werner Plumpe).
- 100 Prozent Messer. Die Rückkehr eines Familienunternehmens (1898 bis zur Gegenwart), München/Zürich 2007.

Die Rothschilds in Frankfurt: Modernität und Konservatismus (Arbeitstitel)

In der Zeit von 1800 bis 1900 herrschten im Frankfurter Bankhaus dieser Familie nur drei Prinzipale: Amschel Mayer Rothschild (1773-1855) und seine Neffen Mayer Carl (1820-1886) und Wilhelm Carl (1828-1901). Sie verkörperten die stabile Kontinuität, die viele Familienunternehmen auszeichnete. Damit einher ging ein konservatives Geschäftsgebaren, in Kontrast mit innovativen und wegweisenden Engagements bei der Finanzierung neuer Industrien und Dienstleistungen (Bergbau, Eisenbahnen, Stahlindustrie). Vom unersättlichen und stets wachsenden Finanzbedarf der modernen Staaten profitierte das Finanzzentrum Frankfurt, dessen Banken in der Lage waren, entsprechende Summen aufzubringen und zu managen: Bethmann, Metzler, und schließlich die Rothschilds, die den ersteren bald den Rang abliefen.

Das kosmopolitische Format dieser Familie trug mit zu ihrem Erfolg bei; die dichte Korrespondenz mit den Cousins im europäischen Ausland verschaffte Informationsvorsprünge und damit Wettbewerbsvorteile. Trotz zunehmend nationalistischer Politik in den Ländern, in denen diese Familie mit Bankhäusern etabliert war (Frankfurt, London, Wien, Paris, Neapel) und zeitweise herrschenden Kriegen, bei denen Geschwister und Cousins sich auf verschiedenen Seiten des Konflikts sahen (besonders 1870/71), blieben die innerfamiliären Beziehungen geschäftlich wie privat ungetrübt. Selbst in den kriegerischen Auseinandersetzungen sah man mehr Verbindendes als Trennendes, so etwa die Erfahrung der Belagerung durch preußische Truppen in Frankfurt (1866) und in Paris (1871). In Frankfurt waren die Gebrüder Rothschild maßgeblich dabei beteiligt, das Geld für den Freikauf der Stadt von preußischen Einquartierungen aufzubringen, und in Paris organisierten die Rothschild frères einen ebensolchen Freikauf und halfen bei der Bewältigung der enormen französischen Reparationsleistungen.

Mit dem Erwerb des ehemaligen Bethmann-Palais am Mainufer manifestierten die Frankfurter Rothschilds ihre Ankunft im Grossbürgertum, und mit dem Freiherrentitel und einem Sitz im Herrenhaus in Berlin gehörten sie schließlich auch zum privilegierten Adel. Dies war begleitet von einem starken Engagement im karitativen und kulturellen Bereich. Mit der Schaffung von eigenen Stiftungen, von Krankenhäusern, Sanatorien und einer bedeutenden öffentlichen Bibliothek erwarben die ‚neureichen‘ Aufsteiger sich Anerkennung bei der Bevölkerung und innerhalb der etablierten Eliten. Eine besondere Rolle spielten dabei die Frauen der Familie, für die Mayer Carls Frau Louise (1820-1894) als Beispiel vorgestellt wird. Die Internationalität der Familie schlug sich auch hier nieder, etwa indem man bei der Gestaltung der Stiftungen englische Vorbilder nutzte und einige der Frankfurter Aktivitäten wiederum die französischen Verwandten

anregten. Eine Reihe der Stiftungen dienten ausschließlich der jüdischen Minderheit in und um Frankfurt, doch die größeren Einrichtungen richteten sich allesamt an die Gesamtbevölkerung und dienten so auch als Instrumente jüdischer Integration.

Trotz des Sitzes in der Herrenkammer hielt sich im Frankfurter Zweig der Familie eine gewisse Distanz zu Preußen, zu Berlin, und zum neuem Nationalstaat. Dies ging einher mit einem Unbehagen gegenüber den neuen großen Geschäftsbanken, die als anonyme Aktiengesellschaften organisiert waren und Berlin zum Finanzzentrum des neuen Reiches machten. Das Familienunternehmen der Rothschilds exemplifiziert den relativen Abstieg der Bankenstadt Frankfurt und seiner einstigen Pioniere gegenüber Firmen wie der Dresdner Bank, der Deutschen Bank etc, die nun alle in Berlin saßen: In Ermangelung eines männlichen Nachfolgers wurde das Frankfurter Haus 1901 geschlossen.

Zu den Autoren:

Rainer Liedtke (Univ. Giessen) / Klaus Weber (The Rothschild Archive, London)

Jürgen Lindenlaub

Der Aufstieg von Krupp

Der Beitrag befasst sich mit dem Aufstieg der Personengesellschaft Fried. Krupp vom einem allenfalls mittelständischen Unternehmen Ende der 1840er Jahre zum größten deutschen Unternehmen Ende der 1870er Jahre. Dies geschah, obwohl Krupp als Personengesellschaft der Kapitalmarkt zur Eigenkapitalbeschaffung nicht zur Verfügung stand. Der Beitrag skizziert als Ausgangslage die ersten vier Jahrzehnte des Unternehmens bis 1850 ohne nennenswertes Wachstum und geht dann auf die Faktoren ein, die das immense Wachstum nach 1850 bestimmten. Das sind die Attraktivität der bearbeiteten Märkte (Eisenbahnen, Rüstungsgüter) sowie die eigene Wettbewerbsposition als Bestimmungsgründe des Umsatzes, die Ertragskraft und das Entnahmeverhalten als Bestimmungsgründe der Innenfinanzierung, die vielfältigen Formen ergänzender Fremdfinanzierung in Expansionsperioden und schließlich die Einstellungen und Fähigkeiten Alfred Krupps als Firmeninhaber, die den Handlungen im Wachstumsprozess zugrunde lagen. Um die Größe des Kruppschen Wachstums und seiner Bestimmungsfaktoren zu verdeutlichen, werden diese mit den Entwicklungen von drei Kapitalgesellschaften (Bochumer Verein, Hoerder Verein und Phoenix) verglichen, die sich um 1850 in einer mit Krupp vergleichbaren Situation befanden. Der Beitrag klammert als ökonomische Analyse insbesondere sozialgeschichtliche Fragen aus. Er beruht auf einer umfangreichen Studie des Verfassers zur Finanzierung des Aufstiegs von Krupp (Jürgen Lindenlaub, *Die Finanzierung des Aufstiegs von Krupp. Die Personengesellschaft Krupp im Vergleich zu den Kapitalgesellschaften Bochumer Verein, Hoerder Verein und Phoenix 1850 bis 1880*, Essen 2006).

Zum Autor

Jürgen Lindenlaub, geboren 1937 in Köln, Studium der Volkswirtschaftslehre, Assistentenjahre und Promotion an der Universität Köln. Anschließend kaufmännische Tätigkeit in der Mineralölwirtschaft, dann Controller in der Holding eines großen Energieversorgungsunternehmens. Nach der Pensionierung insbesondere unternehmenshistorische Forschungen.

Wolfgang Metternich

„Theerfarbstoffe“ – Die Anfänge der Farbwerke von Meister Lucius & Brüning in Höchst am Main

Als im Januar 1863 in der unbedeutenden, im Herzogtum Nassau gelegenen Amtsstadt Höchst am Main ein Chemiker und zwei Kaufleute eine Fabrik zur Herstellung der wenige Jahre zuvor zufällig in England entdeckten „Theerfarbstoffe“ auf der Basis des Anilinöls in Betrieb nahmen, konnten diese auch in ihren kühnsten Träumen nicht erahnen, dass aus diesem Etablissement einmal einer der führenden Konzerne in der Welt der Chemie und der Pharmazie werden würde. Die Anfänge dieses Unternehmens, zuletzt unter dem Namen Hoechst AG, lesen sich ebenso spannend, wie sein unerwartetes Ende, als es sich 1999 durch Fusion mit Rhône-Poulenc zunächst zur Aventis S.A., dann zur sanofi-aventis und in weiter Unternehmen verwandelte.

Der Blick auf die frühen Jahre der Farbenfabrik „Meister Lucius & Brüning“ zeigt die nicht untypische Entwicklung eines Unternehmens der chemischen Industrie im Zeitalter der Industrialisierung Deutschlands. Schon die Biografien der drei meist als Gründer genannten Eugen Nikolaus Lucius, Carl Friedrich Wilhelm Meister und Adolf Brüning, mit denen zusammen noch der selten erwähnte Gründer Ludwig August Müller genannt werden muss, verweisen auf ein typisches Muster in dieser Zeit: die Gründung aus dem Familienkreis heraus.

Eugen Nikolaus Lucius hatte zwar den neuen Beruf des Chemikers gewählt, stammte aber aus einer thüringischen Familie die seit Jahrhunderten die Fabrikation und den Handel mit Textilien betrieb. Er war der Impulsgeber und zugleich mit dem Absatzmarkt der neuen Textilfarbstoffe bestens vertraut. Sein Schwager C.F.W. Meister und der Onkel seiner Ehefrau, L.A. Müller, waren erfahrene Kaufleute auf den Märkten Europas und im britischen Empire. Adolf Brüning, ebenfalls Chemiker und ein Studienfreund von Lucius, wurde zwar erst zwei Jahre nach der Gründung an der Stelle von Müller Teilhaber, war aber als Technischer Direktor vom ersten Tag an am Aufbau des Unternehmens beteiligt.

Bei der Forschung und der Produktpalette setzte man von Anfang an auf die hochinnovativen, aber in ihrer Struktur und Verarbeitung noch sehr problematischen „Theerfarbstoffe“. Herkömmliche Farbstoffe wurden nur zu Beginn in einem von Lucius 1858 in Frankfurt gekauften Parallelbetrieb hergestellt und hatten eher experimentellen Charakter. Eigene Patente und Weiterentwicklungen von schon am Markt befindlichen Anilinfarbstoffen wurden bereits im ersten Jahr ausgebaut und durch ein kluges Marketing in den Zentren der europäischen und bald auch weltweiten Textilindustrie platziert. Schon 1869 musste die kleine Fabrik an einen anderen Standort, der für ein Jahrhundert Raum für weitere Expansion bot, verlegt werden.

Das Kapital für den Aufbau des Unternehmens stammte aus dem Vermögen der Gründer und aus dem engsten Familienkreis. Der Kapital-

markt wurde nicht in Anspruch genommen. Die Gründung der Aktiengesellschaft „Farbwerke vorm. Meister Lucius & Brüning“ im Jahr 1880 markiert den Abschluss der Gründungsphase, wobei auch weiterhin der Kapitalmarkt, etwa durch Anleihen oder Aktienemissionen, nicht genutzt zu werden brauchte. In den nachfolgenden Jahren wurde die Produktpalette um Basischemikalien, Vor- und Zwischenprodukte, vor allem aber Arzneimittel, erweitert, womit sich die Farbenfabrik endgültig zum Chemieunternehmen wandelte, eine Entwicklung die nicht mehr Gegenstand dieses Beitrages ist.

Eigene Forschung und Innovation, Eigenkapital und Abfedern der finanziellen Risiken im Familienverband sowie intime Marktkenntnis und Marktnähe sind die Kennzeichen der Gründung der Farbwerke in Höchst. Davon und von ihren Gründern handelt der Beitrag.

Zum Autor

1969-1979 Studium der Rechtswissenschaften, Kunstgeschichte, Klassische Archäologie und Vor- und Frühgeschichte in Marburg, Trier und Frankfurt am Main.

Seit 1987 Leitung des Firmenarchivs der Hoechst AG

1991 Promotion in Kunstgeschichte mit der Dissertation "Der Dom zu Limburg an der Lahn"

1997 Leiter Hoechst Corporate History Hoechst Archives/Hoechst Museum in der Commserv GmbH

1999 Gründung der HistoCom GmbH. Ein Unternehmen für Industriearchivierung, Industrie- und Wirtschaftsgeschichte und Kommunikation
Geschäftsführer

Wolfgang Metternich ist wissenschaftlicher Autor, Schriftsteller und Journalist DJV/HJV mit zahlreichen Publikationen

Mathias Mutz

Voelter – Voith – Kübler & Niethammer. Personale Netzwerke und der Durchbruch des hölzernen Papiers

Papier wurde im 19. Jahrhundert vom Luxus- zum Massenkonsumgut; diese Entwicklung ließ die Papierindustrie zu einer der Boombranchen der Gründerzeit werden. Für die Deckung des wachsenden Bedarfs war nicht nur die Einführung der Papiermaschine, sondern vor allem auch die Verwendung von Holz als Papierrohstoff in Form von Holzschliff und später Zellstoff entscheidend. Erst durch den scheinbar in unbegrenzten Mengen vorhandenen neuen Rohstoff konnten die Grenzen der auf Lumpen basierenden vormodernen Papiermacherei überwunden werden.

Die Durchsetzung der Innovation des hölzernen Papiers erfolgte aber nicht allein aufgrund der Einsicht in deren natürliche Vorteile und ökonomischen Chancen, vielmehr spielten in den 1850er und 1860er Jahre persönliche Beziehungen eine entscheidende Rolle bei Markteinführung und Weiterentwicklung der neuen Technologie. Als entscheidende Akteure treten dabei neben Friedrich Gottlob Keller, der 1845 ein sächsisches Privileg auf die Herstellung von Holzschliff erhielt, die Unternehmen Voelter & Söhne und J.M. Voith im württembergischen Heidenheim sowie die Papierfabrik Kübler & Niethammer in Kriebstein (Sachsen) auf. Der Papierfabrikant Heinrich Voelter übernahm das Patent Kellers und entwickelte das Holzschliffverfahren zur Produktionsreife weiter, dabei arbeitete er über Jahrzehnte eng mit dem Maschinenbauer Voith zusammen. Die erste selbständige Holzschleiferei nahm 1861 Albert Niethammer in Betrieb, der bei Voelter in Heidenheim in die Lehre gegangen war. Außerhalb der ökonomischen Sphäre wurden die Beziehungen durch freundschaftliche und familiäre Bindungen gestützt, so waren Niethammer und Friedrich Voith verschwägert.

Der Beitrag zeichnet diese Entwicklung nach und versucht die zentrale Bedeutung dieses Innovationsnetzwerks herauszuarbeiten. Diese liegt angesichts der sich verändernden institutionellen Rahmenbedingungen der Gründerzeit nicht nur darin, das für die technische Entwicklungsarbeit notwendige Know-how zusammengetragen zu haben. Vielmehr ermöglichte es in dieser kritischen Phase den Austausch und die Weitergabe von komplexen Wissensbeständen und schuf wechselseitiges Vertrauen, das auch Rückschläge in der Entwicklungsarbeit wegstecken konnte und damit zur Grundlage für den späteren Erfolg der beteiligten Unternehmen wurde.

Zum Autor

Mathias Mutz, M.A., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Uni Göttingen. In seinem von der DFG und der Gerda-Henkel-Stiftung geförderten Dissertationsprojekt beschäftigt er sich mit der Geschichte der Papierindustrie in Deutschland im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Zentrales Anliegen dabei ist es, Forschungsschwerpunkte der Umwelt- und Unternehmensgeschichte zu verbinden.

Anna Katharina Neufeld

„Geschichte[n] erzählen, an die wir glauben.“ Die Darstellung des Bürgertums im Spiegel Freytags und Fontanes.

Gustav Freytags Roman *Soll und Haben*. Roman in sechs Büchern erscheint im Jahr 1855 und wird zu einem der erfolgreichsten Romane des 19. Jahrhunderts. Bis zum Ende des Jahrhunderts waren mehr als hunderttausend Exemplare verkauft, der Roman in viele europäische Sprachen übersetzt und in England sogar als Schullektüre eingeführt. Doch was machte Gustav Freytags Roman *Soll und Haben* Mitte des 19. Jahrhunderts zu einem solchen Erfolg? Was vermittelte der Roman, dessen Titel das Kaufmannsvokabular von ‚Ausgaben‘ und ‚Einnahmen‘ beinhaltet?

Ausgehend von dem Roman *Soll und Haben* wird untersucht, warum und wie dieser Erfolg zustande kam. Dabei soll der Frage nachgegangen werden, wie der Roman durch seine gefällige Form ein Zeitdokument darstellt, das die Ideale und Illusionen aber auch die Irrtümer des Bürgertums widerspiegelt oder auch erst hervorbringt. „Die Wirkungsgeschichte des besten deutschen Kaufmannsromans“, so Winter in seinem Nachwort der 2. Auflage von 2004, sei „eng verknüpft mit den nationalliberalen Wunschvorstellungen seines Autors“ (Winter 2004, S. 856). So kann der Roman nicht nur als soziologische Studie sondern als eine Art Programm des unternehmenden und aufstrebenden deutschen Bürgertums gelesen werden.

Darüber hinaus spielen Theodor Fontanes eindeutig positive Rezension, sowie Besprechungen in Zeitschriften wie zum Beispiel der *Gartenlaube* eine wichtige Rolle. Die drucktechnischen Fortschritte brachten eine Massenpresse hervor, die nicht nur unterhalten sondern auch informieren sollte. Über Lesezirkel, Bildungsverein und Leihbibliotheken waren die neuen Unterhaltungszeitschriften einem immer breiteren Publikum zugänglich.

In diesem Zusammenhang ist außerdem wichtig zu erwähnen, als was und wie sich die Literatur Mitte des 19. Jahrhunderts verstand. Hier soll zunächst auf Fontanes Realismus-Aufsatz verwiesen werden. Dabei wird deutlich, dass der programmatische Ansatz des „Realismus“ das Leben als Grundlage seiner Darstellung nimmt, dieses jedoch künstlerisch überhöht und als „die Widerspiegelung alles wirklichen Lebens, aller wahren Kräfte und Interessen im Element der Kunst“ sieht. „[Der Realismus] ist,“ so Fontane weiter, „wenn man uns diese scherzhafte Wendung verzeiht, eine Interessenvertretung auf seine Art.“ (S. 13)

Deutlich wird, dass das programmatische Konzept des „Realismus“, welches die Grundlage des Romans *Soll und Haben* bildet, als „Interessenvertretung“ Spiegelbild der Ideale und Wünsche des damaligen Bürgertums ist und bürgerliche „Wirklichkeiten“ und das

programmatische Konzept sich gegenseitig beeinflussten und strukturierten.

Zur Autorin

Anna Katharina Neufeld M.A.: Literatur- und Kulturwissenschaftlerin. Studium der Anglistik, Amerikanistik und Neueren deutschen Literatur an der Humboldt-Universität zu Berlin. Im Anschluss an das Magisterexamen 2004, Lehrauftrag im Bereich Amerikanistik / Gender Studies zu Thema „Tod und Weiblichkeit“.

Ende 2005 Aufnahme eines Promotionsprojekts im Fachbereich Amerikanistik bei Prof. Dr. Lenz zum Thema Genre und Gender.

Seit Februar 2007 im Deutschen Historischen Museum im Projekt „Gründerzeit“ beschäftigt.

Ralf Nitschke

In welchem Materiale sollen wir bauen? – Öffentliche Monumentalbauten in Berlin

Die baukünstlerische Entwicklung Berlins zwischen den 1840er und 1880er Jahren wird an sechs Bautypen exemplarisch beleuchtet. Der Hamburger Bahnhof von Holz und Neuhaus ist noch der klassizistischen Tradition verpflichtet. Hitzigs Börse war der erste Berliner Bau, dessen Fassaden komplett mit Sandstein verkleidet waren. Waesemann synthetisierte bei seinem Rathaus verschiedene historische Stile, wobei die flächendeckende Verwendung des Backsteins zu einem einheitlich wirkenden Baukörper führte. Cremers Chemisches Laboratorium ist ein typischer Vertreter des Rundbogenstils. Das Generalspostamt von Schwatlo stellte den ersten größeren Neubau der Zivilverwaltung im deutschen Kaiserreich dar und das Kunstgewerbemuseum von Gropius und Schmieden lässt bereits die weitere Entwicklung des Historismus' ahnen. Bei der Analyse dieser beispielhaften Bauten spielen Schlüsselbegriffe aus der Architekturdebatte jener Jahre eine zentrale Rolle: Mit Schinkel war in Berlin das Bewusstsein für „echte Materialien“ erwacht und Putz wurde zunehmend als Surrogatmaterial abgelehnt. Betrachtet man den differenzierten Einsatz der Materialien sowie deren ausführliche Beschreibung in zeitgenössischen Veröffentlichungen, so scheint es, als hätten sich die Architekten der Berliner Schule in Anlehnung an Hübsch gefragt: In welchem Materiale sollen wir bauen? Die Verwendung echter Materialien war notwendig, um einem Bau „Monumentalität“ zuzusprechen. Diese war weniger eine Frage der realen Größe eines Gebäudes. So konnte auch ein relativ kleiner Bau Anspruch auf Monumentalität erheben, wenn er sich nur einer charakteristischen Formensprache und echter Materialien bediente. Nicht zuletzt durch Sempers „Vorläufige Bemerkungen über bemalte Architektur und Plastik bei den Alten“ legten die Baukünstler größeren Wert auf die Farbigkeit ihrer Bauten. „Polychromie“ wurde jetzt nicht mehr durch Anstrich erzielt, sondern durch die originale und haltbare Farbigkeit der verschiedenen Werkstoffe. Schließlich spielte die Verwendung von „Eisen“ eine entscheidende Rolle in der Berliner Architekturentwicklung des frühen Historismus'. Die verschiedenen Architekten gingen ganz unterschiedlich mit diesem für die deutsche Baukunst relativ neuem Material um. Während die einen lediglich seine statischen Möglichkeiten nutzten, erkannten andere die stilbildenden Möglichkeiten des Materials, setzten es sichtbar auch bei repräsentativen Bauten ein und trugen auf diese Weise zur Entwicklung einer neuen Baukunst bei.

Zum Autor

Ralf Nitschke (Jahrgang 1963) studierte Kunstgeschichte, Volkskunde und Germanistik in Münster und Berlin. Nitschkes Magisterarbeit stellt eine Baumonographie über Karl Friedrich Schinkels Tegeler Schlösschen für Wilhelm von Humboldt dar. Anschließend hat der gebürtige Kieler im Auftrag des Landeskonservators in mehreren Stadtteilen Berlins inventarisiert. In seiner Dissertation analysiert Nitschke Carl Schwatlos Berliner Post- und Telegrafengebäude. Sein Volontariat absolvierte er im Westfälischen Freilichtmuseum Detmold, wo er die Ausstellung „Feine Möbel aus Westfalen“ als Projektleiter betreute. Danach war Nitschke Archiv- und Bibliotheksleiter von Josef Paul Kleihues und hatte einen Lehrauftrag für Museumskunde an der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin. Seit 2005 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Freilichtmuseum Hessenpark. Hier hat er unter anderem die Ausstellung „Hessen im Fokus – Fotografie gestern und heute“ in der hessischen Landesvertretung in Berlin kuratiert. Nitschkes Forschungsschwerpunkte sind Architekturgeschichte und Sachkultur des 19. und 20. Jahrhunderts.

Arbeitswanderung und Auswanderung

In der ›Gründerzeit‹ setzte in Deutschland der fundamentale Wandel der Migrationssituation durch die Prozesse von Industrialisierung, Agrarmodernisierung und Urbanisierung ein. Vornehmlich das Arbeitswanderungsgeschehen wurde tiefgreifend umgestaltet: Traditionsreiche agrarische Arbeitswanderungssysteme verloren sukzessive an Bedeutung, veränderten ihre Bewegungsrichtung oder gingen in neue Formen über. Das galt auch für seit Jahrhunderten existierende Wanderhandelssysteme oder für Muster der Verknüpfung von Ausbildungs- und Arbeitswanderungen, die vor allem in der Form der Gesellenwanderungen eine hohe quantitative Relevanz auch noch im 19. Jahrhundert hatten. Neue und rapide aufstrebende industriell-urbane Zentren boten unterbürgerlichen und unterbäuerlichen Gruppen, aber auch (neuen) Mittelschichten Erwerbsmöglichkeiten, die zu für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Deutschlands folgenreichen millionenfachen interregionalen Wanderungsbewegungen führten. Zugleich stieg in den 1830er Jahren die überseeische Auswanderung, die zu 90 Prozent in die Vereinigten Staaten von Amerika strebte, zu gewaltigen Dimensionen auf und beherrschte bis in die frühen 1890er Jahre das grenzüberschreitende Wanderungsgeschehen.

Zum Autor

Dr. phil. habil. Jochen Oltmer, geb. 1965, ist Apl. Professor für Neueste Geschichte und Vorstand des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück. Autor und Herausgeber von Büchern zur Geschichte von Arbeitsmarkt, Wanderungen und Wanderungspolitik vor allem im 19. und 20. Jahrhundert sowie zur Historischen Regionalforschung der Neuzeit, zuletzt 2004 bis 2007 u.a.:

- (zus. mit Klaus J. Bade), Normalfall Migration: Deutschland im 20. und frühen 21. Jahrhundert (Bundeszentrale für politische Bildung, Zeitbilder, Bd. 15), Bonn 2004;
- (zus. mit Michael Schubert), Migration und Integration in Europa seit der Frühen Neuzeit. Eine Bibliographie zur Historischen Migrationsforschung, Osnabrück 2005;
- Migration und Politik in der Weimarer Republik, Göttingen 2005;
- (Hg.), Kriegsgefangene im Europa des Ersten Weltkriegs (Krieg in der Geschichte, Bd. 24), Paderborn 2006;
- (Hg. zus. mit David Feldman und Leo Lucassen), Paths of Integration: Migrants in Europe (1880–2004) (IMISCOE-Research, Bd. 1), Amsterdam 2006.

- (Hg.), Historische Integrationssituationen (IMIS-Beiträge, H. 29), Osnabrück 2006.
- (Hg. zus. mit Klaus J. Bade, Pieter C. Emmer und Leo Lucassen), Enzyklopädie Migration in Europa vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Paderborn/München/Zürich 2007.

Familienunternehmen und Aktiengesellschaften

I.

Das 19. Jahrhundert war von einem tiefgreifenden wirtschaftlichen Strukturwandel geprägt. Dessen Hauptmerkmale waren Bevölkerungswachstum und Verstädterung, sektoraler und sozialer Wandel und die flächendeckende Durchsetzung einer kapitalistischen Marktwirtschaft. Aus einem dünn besiedelten Agrarland ohne nennenswerte Industrie zu Beginn des 19. Jahrhunderts war an seinem Ende ein hochgradig verstädterter Industriestaat geworden, der sich in seiner Wachstumsdynamik nur von den USA übertrumpfen ließ. In Europa stand der deutsche Aufstieg ohne Beispiel dar – und er überraschte die Beobachter aus dem einst weit fortgeschritteneren Frankreich, die sich verwundert die Augen rieben und feststellten, daß das „arme Deutschland ... mit einem Schlag reich geworden“ sei. An deutschen Maßstäben gemessen, sei Frankreichs Wirtschaft klein und langsam, wohingegen die Deutschen ins „Kolossale“ und wie ein „Parvenu“ unter den Kreis der zivilisierten Völker strebten.¹ Auch wenn man das verwunderte Naserümpfen des französischen Beobachters nicht teilt; seine Wahrnehmung war gleichwohl zutreffend. Die Träger dieses unerwarteten Aufschwungs waren ebenso neu wie er selbst und auch ebenso präzedenzlos: Unternehmen, die sich seit den 1850er und den 1860er Jahren selbst zu gigantischen Fabriken entwickelten, zu kleinen Herzogtümern mit tausenden Beschäftigten und mit Millionenumsätzen.

II.

Begonnen hatte es allerdings in sehr viel kleinerem Rahmen. Die Unternehmen, mit deren Gründung in den 1820er Jahren die Frühindustrialisierung einsetzte, waren durchweg Familienunternehmen. Solange der Kapitalbedarf etwa der kleinen Textil- oder Maschinenfabriken gering und die Produktionsmengen überschaubar blieben, war das Familienunternehmen ohnehin die angemessene Organisationsform. Hier konnte im Zweifelsfall auf unkomplizierte Weise Kapital mobilisiert werden, hier fanden sich in den zumeist großen Familien die unterschiedlichsten Talente für die kaufmännische und die technische Unternehmensführung, hier war der Zusammenhalt und die nötige Loyalität gleichsam natürlich gegeben, die das Aufkommen von Interessenkonflikten verhinderten, hier, in den zumeist protestantischen Familien, herrschte ein sozialmoralisches Leistungsmilieu, das seinesgleichen suchte. Familienunternehmen waren mithin die Träger der ersten Industrialisierungsphase – und sie blieben auch wichtig, solange Technik und Betriebs- und Umsatzgrößen nicht ihren Rahmen sprengten.

¹ Deutschlands Wirtschaftsaufschwung bis 1914 in den Augen eines französischen Beobachters, in: Gerhard A. Ritter, Jürgen Kocka (Hg.), Deutsche Sozialgeschichte. Dokumente und Skizzen, Bd. 2: 1870-1914, München 1977, S.18.

III.

Mit dem Aufkommen der Eisenbahn und ihrem gigantischen Finanzierungsbedarf wurden die Grenzen der Familienunternehmen dann aber schnell sichtbar. In Deutschland schossen Eisenbahnkonsortien und Eisenbahnaktiengesellschaften seit den 1840er Jahren wie Pilze aus dem Boden. Ihre gewaltige Nachfrage nach Kohle, Stahl und Maschinen löste folgerichtig einen Gründerboom von Unternehmen in der Montanindustrie aus, deren Finanzierungsbedarf wiederum so groß war, daß er über Familiennetze kaum zu befriedigen war. Vielmehr kam es jetzt vermehrt zur Gründung von Aktiengesellschaften im Bergbau und der Eisen- und Stahlindustrie – und auch im Finanzsektor machte das französische Vorbild des *credit mobilier* Schule, so daß im nichtpreußischen Deutschland vermehrt Aktienbanken entstanden. Da Preußen vor 1870 Aktiengesellschaften im Bankensektor nicht konzessionierte, dominierte hier der Typus der Kommanditgesellschaft, in dem sich familiäre Konstellationen mit moderner Finanztechnik verbanden (Discontogesellschaft etwa). Zwar wuchsen auch manche Familienunternehmen nun zu gigantischer Größe (Krupp), doch erwies sich diese Organisationsform mit wachsender Unternehmensgröße als schwierig. Nun kam es nicht mehr auf familiären Hintergrund, sondern auf Kompetenz, Erfahrung und Flexibilität an. Alfred Krupp mußte dies nach 1873 im Zuge seiner Entmachtung durch die Gläubigerbanken des Konzerns bitter erfahren. Auch andere noch als Familienunternehmen gegründete Firmen strebten nun an die Börse wie etwa die Farbenfabriken in Elberfeld oder in Höchst. Die BASF war ebenso wie die Deutsche Bank von Anfang an als Aktiengesellschaft gegründet worden, was auch deshalb leichter fiel, weil das Aktienrecht zunehmend liberalisiert und die Gründung von Aktiengesellschaften 1870 generell freigegeben worden war. Von den 1840er bis zu den 1870er Jahren kam es so zu einem regelrechten Gründungsboom von Aktiengesellschaften. Fast alle die weitere deutsche Industriegeschichte prägenden Unternehmen wurden in diesen Jahren gegründet.

IV.

Mit der Aktiengesellschaft endete die Tradition der Familienunternehmen keineswegs; in der Masse der Klein- und Mittelbetriebe blieb diese Tradition (in vielen Fällen bis heute) erhalten, und auch die seit den 1840er Jahren gegründeten Großunternehmen behielten noch bis zum Ersten Weltkrieg trotz ihres Charakters als Aktiengesellschaft häufig eine gewisse, freilich langsam verblassende familiäre Prägung. Zugleich begann der Aufstieg des Managers, eine Art von angestelltem Unternehmer, mit dem sich das Führungsverhalten und die soziale Zusammensetzung der wirtschaftlichen Eliten langsam änderten. Die Manager hatten häufig bereits eine förmliche, nicht selten akademische Ausbildung, sie hatten zumeist eine ausgeprägte Aufstiegserfahrung und sie wurden durch ihre Erfolge geprägt, so stark zum Teil, daß elitäre Sondergruppen wie etwa die Bergwerksassessoren entstanden. Dies war in anderen Branchen nicht unbedingt der Fall; da indes die meisten deutschen Unternehmen ihr Führungspersonal lange behielten und die Fluktuation

gering war, bildete sich mit den Leitungen der Aktiengesellschaften insgesamt eine neue industrielle Elite heraus, in der sich familiäre Momente mit professionellen Gesichtspunkten eng verbanden. Daß diese Gruppe in ausländischen Augen mitunter parvenuhaft erscheinen mochte, ist ebensowenig von der Hand zu weisen, wie ihr die Organisation eines wirtschaftlichen Aufstiegs gelang, der europaweit einzigartig war.

Zum Autor

Werner Plumpe, geboren 1954, ordentlicher Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main. Studium der Geschichts- und Wirtschaftswissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum, dort auch Dissertation und Habilitation. 1998 Gastprofessor an der Keio-Universität in Tokio, seit 1999 in Frankfurt am Main. Wissenschaftliche Interessen und Arbeitsgebiete: Allgemeine moderne Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Unternehmensgeschichte, Geschichte der industriellen Beziehungen, Geschichte des ökonomischen Denkens.

Dirk Schaal

Zucker aus Rüben – Impulse aus der Rübenzuckerindustrie für Industrialisierungsprozesse und die Modernisierung der deutschen Landwirtschaft (1830–1870)

Die Gründungsphase der Rübenzuckerindustrie fällt nahezu deckungsgleich mit dem beginnenden Industrialisierungsprozess in den deutschen Staaten zusammen (Mitte 1830er bis Anfang 1870er Jahre). Ab den 1830er Jahren entwickelte sich in einigen deutschen Staaten die fabrikmäßige Zuckergewinnung aus Rüben zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor und zum Auslöser für weitere Industrialisierungsprozesse.

In den Kernregionen der Rübenzuckerindustrie – den preußischen Provinzen Sachsen, Schlesien und Hannover sowie den Herzogtümern Anhalt und Braunschweig – prägten Agrarier und die zahlreichen Zuckerfabriken den Industrialisierungsprozess: Agrarunternehmer zählten hier zur Wirtschaftselite, die von ihnen betriebenen Zuckerfabriken zogen die Gründung anderer Industrien (z. B. eines bedeutenden Spezialmaschinenbaus) nach sich.

Wirtschaftliche (und fiskalische) Bedeutung erlangte die deutsche Rübenzuckerindustrie dadurch, dass ab ca. 1860 der in den Zollvereinsstaaten verbrauchte Zucker nahezu durch einheimischen Rübenzucker gedeckt werden konnte. Bereits Ende der 1860er Jahre wurde in den deutschen Staaten mehr Zucker erzeugt als verbraucht, in den 1880er Jahren war Rübenzucker Hauptexportartikel des Deutschen Reiches.

Die Konkurrenzsituation zwischen Rohr- und Rübenzucker und das Steuersystem führten zu ständigen Verbesserungen in der Zuckergewinnungstechnik, Kostensenkungen im Betrieb und damit zu spürbaren Preissenkungen. Zucker – bis zum Aufkommen des Rübenzuckers ausschließlich aus Zuckerrohr gewonnen und aus den amerikanischen Kolonien nach Europa importiert – entwickelte sich im Laufe des 19. Jahrhunderts vom Luxusgut zum Grundnahrungsmittel und änderte die Konsum- und Ernährungsgewohnheiten in der modernen Industriegesellschaft grundlegend.

Zuckerrübenanbau und –verarbeitung lagen in den Händen einer äußerst erfolgreichen und einflussreichen Wirtschaftselite („Agrarunternehmer-Rübenzuckerfabrikant“). Diese Agrarunternehmer kontrollierten

große Ackerflächen, wirtschafteten nach kapitalistischen Prinzipien und gingen schnell zum Anbau profitabler Kulturen wie der Zuckerrübe über. (Die Zuckerrübe gilt als Leitkultur bei der Modernisierung der deutschen Landwirtschaft im 19. Jahrhundert.) Außerdem verbanden diese Unternehmer in idealer Weise den Anbau von Zuckerrüben und deren Verarbeitung in eigenen Zuckerfabriken. Der Beitrag der Rüben bauenden Agrarunternehmer für die Modernisierung der Landwirtschaft spiegelt sich u.a. in ihrem wirtschaftlichen Erfolg und der Vorbildfunktion ihrer Musterwirtschaften (im Hinblick auf Arbeitsorganisation, Einsatz von Technik, intensive Bearbeitung, Ertragssteigerungen und Hebung des allgemeinen Kulturzustandes der Äcker) wider.

Durch parlamentarische Vertreter aus ihren Reihen und eine seit 1851 deutschlandweit und dauerhaft bestehende Branchenvereinigung nahmen die Rübenzuckerfabrikanten erfolgreich Einfluss auf politische Entscheidungen (wie die Besteuerung der Rübenzuckergewinnung oder die Einführung indirekter Exportprämien) und schufen bereits vor 1871 eine Plattform für einen intensiven Informationsaustausch zwischen allen deutschen Zuckerfabriken.

Zusammenfassung

Die Gründungs- und erste Wachstumsphase der Rübenzuckerindustrie fällt in die erste Phase der Industrialisierung in den deutschen Staaten (1830–1870).

Durch die enge Verbindung der Rübenzuckerindustrie mit der landwirtschaftlichen Produktion erfolgte die Industrialisierung hier nahezu idealtypisch aus der Landwirtschaft heraus. Für den Wandel in eine kapitalistische Landwirtschaft leisteten die Zuckerrübenwirtschaften in den deutschen Staaten einen entscheidenden Beitrag.

Unternehmer der Zuckerwirtschaft verbanden moderne Agrarwirtschaft und Industrie, waren wirtschaftlich erfolgreich und politisch einflussreich (u. a. durch ihre im Jahr 1851 deutschlandweit gegründete Branchenvereinigung)

Die fabrikmäßige Zuckergewinnung und wachsende Marktanteile für den Rübenzucker führten zu Preissenkungen, Zucker wurde im Laufe des 19. Jahrhunderts zu einem Massenkonsumgut und veränderte nachhaltig die Ess- und Konsumgewohnheiten in der modernen Industriegesellschaft.

Zum Autor

Dirk Schaal, geboren am 20. Januar 1970 in Weimar

wissenschaftlicher Werdegang

Studium der Geschichtswissenschaften, der germanistischen Sprach- und Literaturwissenschaften an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Magisterabschluss 1997)

2003 Promotion zum Dr. phil. an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Fachbereich Geschichte, Philosophie und Sozialwissenschaften mit der Dissertation „Rübenzuckerindustrie und regionale Industrialisierung. Der Industrialisierungsprozess im mitteldeutschen Raum 1799–1930“

seit September 2003 Leiter des historischen Archivs der Südzucker AG Mannheim/Ochsenfurt

Forschungsschwerpunkte

Wirtschaftsgeschichte, Unternehmensgeschichte; Zuckerindustrie, Elektrizitätswirtschaft

Publikationsliste

Zuckerindustrie

Schaal, Dirk: Rübenzuckerindustrie und regionale Industrialisierung. Der Industrialisierungsprozess im mitteldeutschen Raum 1799–1930. Münster 2005 (= Forschungen zur Neuesten Geschichte, hg. v. Hermann-Josef Rupieper u. Peter Hertner, Bd. 4)

Schaal, Dirk: Rübenzuckerindustrie im Raum Halle (1700–2006). In: Menschen, Märkte und Maschinen. Die Entwicklung von Industrie und mittelständischer Wirtschaft im Raum Halle (Saale), hg. v. Thomas Brockmeier u. Peter Hertner. Halle (Saale) 2007 (S. 95–110)

weitere

Dirk Schaal und Jo Schaller (Hg.): Elektrizität in historischen Photographien von Emil Leitner und Hans Finsler. 1920–1930. Halle (Saale) 2001

Schaal, Dirk: Die Elektrizitätswirtschaft im mitteldeutschen Raum Halle von ihrer Entstehung bis 1989. In: Menschen, Märkte und Maschinen. Die Entwicklung von Industrie und mittelständischer Wirtschaft im Raum

Halle (Saale), hg. v. Thomas Brockmeier u. Peter Hertner. Halle (Saale) 2007 (S. 173–189)

Schaal, Dirk: Johann Gottfried Boltze (1802–1868) – Beispiel für einen landwirtschaftlichen Unternehmertyp des 19. Jahrhunderts im mitteldeutschen Raum. In: Erfolgreiche Agrarunternehmer in Sachsen-Anhalt. Johann Gottfried Boltze und Carl Wentzel, hg. v. Landesheimatbund Sachsen-Anhalt e.V. Halle 2004 (S. 50–63)

Schaal, Dirk: Die Modernisierung der mitteldeutschen Landwirtschaft im 19. Jahrhundert. In: Sachsen-Anhalt. Geschichte und Geschichten, hg. v. Mathias Tullner. Magdeburg 2005 (S. 20-31)

Schaal, Dirk: Rohrzuckergewinnung in den Kreuzfahrerstaaten. In: Saladin und die Kreuzfahrer, hg. v. Alfried Wiczorek, Matmoun Fansa u. Harald Meller. Mainz 2005

Schaal, Dirk: Von den Anfängen der Elektrifizierung im mitteldeutschen Raum zur landesweiten Versorgung. In: Elektrizität in historischen Photographien von Emil Leitner und Hans Finsler. 1920–1930, hg. v. Dirk Schaal u. Jo Schaller. Halle (Saale) (S. 8–15)

Schaal, Dirk: Waghäusel und die Entwicklung der deutschen Zuckerindustrie. In: Das Verschwinden der Bauten des Industriezeitalters. Lebenszyklen industrieller Baubestände und Methoden transdisziplinärer Forschung, hg. v. Uta Hassler u. Niklaus Kohler. Tübingen/Berlin 2004 (S. 190–197)

Sibylla Schuster

Feines Leder: Die Firma Carl Freudenberg zwischen Handwerk und Welthandel

Die Firma Freudenberg an der Bergstraße ist ein prominentes Beispiel dafür, wie im neunzehnten Jahrhundert aus der Verbindung von handwerklichem Können und innovativem Geschäftssinn ein Großunternehmen mit weltweiten Handelsbeziehungen erwuchs.

Im Jahre 1829 ersteigerte die Mannheimer Lederhandelsfirma Heintze und Sammet eine Gerberei im Müllheimer Tal. In diese Firma trat im Jahre 1844 der Neffe des Inhabers Jean Baptist Sammet, der junge Carl Freudenberg, als stiller Teilhaber in das Geschäft ein. Durch die Auswirkungen der Revolution von 1848 musste die Firma liquidieren. Heinrich Christoph Heintze und Carl Johann Freudenberg übernahmen zu gleichen Teilen die Gerberei in Weinheim, während der Senior Sammet in Mannheim den Handel behielt.

Von 1849 an firmierte die Gerberei mit Heintze und Freudenberg. Ihr Geschäftszweck war die Herstellung feiner Kalbleder und Lackleder.

Im Jahre 1874 starb der Teilhaber Heintze, und seine Erben ließen sich ihren Kapitalanteil auszahlen. Von nun an nannte sich die Firma Carl Freudenberg. 1887 nahm Carl Freudenberg seine beiden Söhne Friedrich Carl und Hermann Ernst als Teilhaber auf. Als Carl Freudenberg 1898 starb, gehörte sein Unternehmen zu den größten Gerbereien Europas und besteht bis heute als diversifizierte Familiengesellschaft fort.

Zur Autorin

1960-1968 Studium der Islamkunde und vergleichenden Sprachwissenschaft in Basel und Hamburg, Promotion in Hamburg.

1962-1963 Studienaufenthalt in Isfahan/Iran

1969-1971 Dokumentationsjournalistin für Nah- und Mittelost im Archiv des SPIEGEL in Hamburg

Seit 1986 Unternehmens- und Familienarchivarin bei Freudenberg & Co

Auswahlbibliographie:

1. Schuster-Walser, Sibylla: Das safawidische Persien im Spiegel europäischer Reiseberichte, Baden-Baden 1970.
2. Schuster, Sibylla: Lebensarbeitszeit bei Carl Freudenberg in Weinheim. In: Die Entwicklung der Lebensarbeitszeit, Beiheft 75 der Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, 1992, S. 48-64,.
3. Schuster, Sibylla: Die Anfänge der Kunststoffverarbeitung bei Freudenberg. In: Profil 1999, Fachhochschule Mannheim, Hochschule für Technik und Gestaltung, S. 21-28.
4. Schuster, Sibylla: Die Lederfabriken Freudenberg und Hirsch in der Zeit des Dritten Reiches. In: Die Stadt Weinheim zwischen 1933 und 1945, Weinheimer Geschichtsblatt Nr. 38, 2000. S. 313-349.

5. Freudenberg, Reinhart, und Schuster, Sibylla: 150 Jahre Freudenberg. Weinheim 1999.

Angela Schwarz

Jüdische Wohnstiftungen in Hamburg

Im Zeitraum zwischen 1848 und dem Zutritt der Hansestadt zum Deutschen Reich im Mai 1871 wurden fünf Stiftungen für Freiwohnungen von Juden errichtet, die den Terminus „Gründerzeit“ in mehrfacher Hinsicht berechtigen. Da gleichzeitig von Christen acht derartige Einrichtungen geschaffen wurden, weisen diese Zahlen nicht nur auf einen überproportional hohen jüdischen Beitrag in jener Zeit hin, bei einem Bevölkerungsanteil von 4,1 % im Jahr 1871, sondern fundieren damit auch einen Trend, der sich im anschließenden Gründungsboom verfestigen sollte. Das Ergebnis eines herausragenden Engagements in diesem Zweig der Wohltätigkeit resultierte mit einem auf knapp 2 % rückläufigen Bevölkerungsanteil in den 1920er Jahren bei einem Drittel aller errichteten 74 Wohnstiftungen. Da die Zwecksetzung der Wohnstiftung schon durch das Gebäude ein ausreichend hohes Kapital voraussetzt, schienen die Hamburger Juden nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht den Bürgerstatus zu erfüllen, sondern außerdem die gesellschaftlichen Erwartungen hanseatischen, bürgerlichen Handelns erfüllt zu haben; beides ist für die hier interessierende Zeitspanne keineswegs als selbstverständlich anzusehen.

Die alten stadtrepublikanischen Strukturen hatten in der Handelsmetropole frühzeitig eine ehrenamtlich praktizierte Gemeinnützigkeit gefördert und selbstbewußte Bürger nahmen nach dem Prinzip des *res mea agitur* die Behebung städtischer Mißstände selbst in die Hand, eine entscheidende Voraussetzung für die Ausgestaltung der Hansestadt zur Stiftungshauptstadt. Eine spezifische Gruppe stellten diejenigen für Freiwohnungen dar, die alleinstehende, ältere Frauen vor der Verarmung bewahren sollten. Nach einer langen Ruhephase wurden erst wieder seit Beginn des 19. Jahrhunderts neue Wohnstiftungen errichtet, wobei diese Initiative bemerkenswerter Weise von jüdischen Kaufleuten ausging. Sie hatten zwar noch bestimmte Einschränkungen hinzunehmen, da sie bis zur Gleichstellung im Jahr 1849 keine Bürger im rechtlichen Sinn waren, wiesen jedoch bereits traditionell bürgerliches Verhalten auf. Der dann ungehinderte Emanzipationsprozeß zeigte sich in einem bemerkenswerten Aufstieg des Hamburger Judentums und wurde von einer außerordentlichen Stiftungsbereitschaft begleitet, die sich für die Gesellschaft öffnete.

Bereits die architektonisch differenzierte Gestaltung aller Stiftsgebäude widerlegt eine mögliche Annahme von Homogenität und wird durch die unterschiedlichen Gründungsbedingungen ebenso entkräftet wie durch die jeweilige stiftungsinterne Ausformung. Dabei erlauben die Baulichkeiten Rückschlüsse auf signifikante Unterschiede zwischen den von Juden und den von Christen gegründeten, die sich auch an den hier interessierenden fünf erkennen lassen.

In dieser Hinsicht war die im Jahr 1849 gegründete Vorgängerin der späteren Vaterstädtischen Stiftung von herausragender Bedeutung,

wobei die Gründungsschwierigkeiten kaum erahnen ließen, daß sie einmal zur größten ihrer Art mit elf Gebäuden ausgebaut werden sollte. Ihre Entstehung verdankt sie einer Gruppe liberaler und demokratischer Juden, die ein innovatives Konzept für eine Wohnstiftung beschlossen hatten, das eine deutliche Abkehr vom obligatorisch patriarchalen Grundzug bedeutete und als Prämisse die konfessionelle Parität umsetzen wollte. Dafür fanden sie zwar im liberalen Bürgertum Unterstützung, stießen hingegen in den Instanzen auf strikte Ablehnung. Vor dem Hintergrund der erstarkenden Reaktion standen die an den politischen Vereinen orientierten Prinzipien wie Gleichberechtigung, Demokratie und Mitbestimmung unter Revolutionsverdacht. Dank der Beharrlichkeit der Stifter konnte diese frühe Bürgerstiftung jedoch nicht nur etabliert und kontinuierlich vergrößert, sondern vielmehr noch zum Vorbild für viele stiftungswillige jüdische und christliche Hamburger werden.

Von den in den folgenden Jahren errichteten Stiftungen vergaben zwei die Wohnungen an orthodox lebende Gemeindemitglieder und zwei ohne konfessionelle Beschränkung. Bei allen im jeweiligen Stifterwillen begründeten Unterschieden offenbarten diese fünf mit ihrem schlichten Baustil, bzw. mit der Umwandlung eines bestehenden Wohnhauses für Stiftungszwecke eine eher knappe Finanzlage, und schienen deswegen der oben angeführten Bedeutung eines ausreichenden Vermögens für diesen Stiftungszweck zu widersprechen. Noch heute kontrastieren diese Differenz zwei im Jahr 1851 bezogene Stifte: das ohne Kapitalrücklagen und mühsam mit Spenden finanzierte prunklose Gebäude der späteren Vaterstädtischen Stiftung, und das eher palastähnliche Schröder-Stift, das mit einem großen Vermögen abgesichert war. Die Architektur läßt somit keine Rückschlüsse auf die tatsächliche Leistung zu.

Die naheliegende Begründung, daß die jüdischen Stifter nicht vermögend genug waren, um einen besonders repräsentatives Gebäude zu errichten, liefert letztlich keine stichhaltige Begründung, denn auch später blieben finanziell gut abgesicherte jüdische Stiftsbauten überwiegend unauffällig eingepaßt in die Straßenbebauung und in ihrem Baustil zurückhaltend. Offensichtlich stand nicht die opulente Repräsentation von Gemeinnützigkeit im Vordergrund, sondern der Wille zum unmittelbaren Helfen, auch bei geringer Kapitalhöhe. Die Gründe hierfür lassen sich aus den Wesenszügen der jüdischen Sozialethik herleiten, von deren Tradition auch das Handeln assimilierter Juden geprägt war. Als weiteres Unterscheidungskriterium sei auf die bevorzugte Wohnungsbestimmung für Familien hingewiesen, was zum einen deren hohen Stellenwert im Judentum unterstreicht, und zum anderen von deren Betroffenheit von den Auswirkungen der Urbanisierung mit Wohnraumverknappung und Mietenverteuerungen spricht.

In dieser Gründerzeit jüdischer Wohnstiftungen gelang die Symbiose hanseatischer Stiftungstradition mit traditioneller jüdischer Sozialethik. Stiften, als das prägnante Instrument bürgerlichen Handelns, wurde innovativ belebt und fruchtbar für das städtische Gemeinwesen eingesetzt, dem sich die Hamburger Juden stets in herausragender Weise verpflichtet fühlten.

Zur Autorin:

Dr. Angela Schwarz: Wiss. Mitarbeiterin im Ferdinand Beneke-Editionsprojekt, gefördert von der WIKU (Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur). Mehrere Aufsätze und Artikel zur Geschichte der Juden und zum jüdischen Stiftungswesen in Hamburg. Dissertation: "Die Geschichte der Vaterstädtischen Stiftung in Hamburg in den Jahren 1849 bis 1945" (veröffentlicht Januar 2007).

Guido Siebert

Die chemische Industrie Berlins am Beispiel von Schering

Ernst Scherings Weg vom selbständigen Apotheker zum Unternehmer vollzog sich in den Jahren von 1851 bis 1864 – vom Kauf der *Grünen Apotheke* in der Chausseestraße bis zur Konzessionierung der *Chemischen Fabrik Ernst Schering* in der Weddinger Müllerstraße, aus der 1871 die Aktiengesellschaft hervorging.

Angesichts der Bedingungen, denen die Chemie während dieser Jahre in Berlin unterlag, erweist sich die kurze Zeitspanne der fabrikatorischen Entwicklung Scherings als Spiegel ihrer Veränderungen. Noch anfangs der fünfziger Jahre wurde der wissenschaftliche Anspruch der Chemie angezweifelt, obwohl Justus von Liebig's anklagende Schrift über den „Zustand der Chemie in Preußen“ schon 1840 ihre Berechtigung als Wissenschaft propagierte und die preußische Regierung durchaus die Chemie förderte.

Nach Liebig würden nur mithilfe von universitären Laboratorien und einer forschenden Lehre Chemiker ausgebildet, die sich in der industriellen Praxis hervortun könnten. Liebig bescheinigte Heinrich Rose, er sei der „einzige Mann, von dem in Preußen der praktischwissenschaftliche Unterricht ausgeht.“ Nutznießer dieses Unterrichtes war Ernst Schering, der nach einer Lehre zum Apotheker an der Berliner Universität Vorlesungen hörte. Doch blieb die Apotheke bis in die Mitte des Jahrhunderts die „Pflanzstätte der Chemie“. Erst nach 1860 sollte sich dieser Zustand grundlegend ändern.

Schering hatte 1858 das Grundstück für den Bau einer chemischen Fabrik an der Müllerstraße erworben. Dafür ausschlaggebend war neben der allgemeinen Erweiterung der Produktion von „chemischen Präparaten“ der Aufschwung der fotografischen Technik, für die Schering von Beginn an Chemikalien produzierte. Der wachsende Bedarf versprach gute Gewinne. Trotz ihrer experimentellen Anfangsphase fand die neue Technik bildnerischer Darstellung immer mehr Interessenten und ließ die zukünftige Breitenwirkung ahnen. In Berlin wurde 1865 von dem Professor für Photochemie, Hermann Wilhelm Vogel, die sehr erfolgreich verlaufende internationale Photoausstellung in der Friedrichstraße eröffnet, nachdem schon in den fünfziger Jahren in anderen europäischen Großstädten ähnliche Ausstellungen stattfanden. 1864 nahm die *Chemische Fabrik Ernst Schering* ihre Produktion auf und wurde stetig erweitert.

Zu nennen sind einige weitere Namen, die mit den Anfängen der chemischen Industrie Berlins verbunden sind: Kuhnheim, Kahlbaum, Riedel und Martius. Wie Schering beteiligten sie sich 1867 an der Gründung der *Deutschen Chemischen Gesellschaft zu Berlin*. Eine interessenübergreifende Vereinigung, in der sich neben Unternehmern auch universitäre Wissenschaftler engagierten.

Mit seinen erfolgreichen unternehmerischen und verbandspolitischen Aktivitäten veranschaulicht Schering die Persönlichkeit des Gründers in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Die *Chemische Fabrik Ernst Schering* ist

ein Beispiel für die trotz anfänglicher Schwierigkeiten leistungsfähige chemische Industrie in Berlin, die sich in kurzer Zeit bis zur Reichsgründung entfaltete und die erst mit dem Gründerkrach von 1873 in die Krise geriet.

Zum Autor

Guido Siebert, M.A.

Geboren am 30. August 1966 bei Naumburg an der Saale. Bis 1999 Arbeit als Steinmetz in der Denkmalpflege. 1999 bis 2006 Studium der Kunstgeschichte und Neueren Geschichte an der Freien Universität Berlin. Von 2000 bis 2007 Tätigkeit als freier Mitarbeiter im Historischen Archiv und Museum der Schering AG. Verschiedene Publikationen und Vorträge zur Geschichte der Schering AG.

Holger Starke

„Eintracht und Zwietracht: Die Gründung des Deutschen Brauer-Bundes“

Im Jahre 1871 wurde in Dresden der Deutsche Brauer-Bund, die noch heute bestehende Dachorganisation der deutschen Brauindustrie, gegründet. Erste Bestrebungen zur Vereinigung der deutschen Brauer hatten in den 1850er Jahren in Südwestdeutschland und Bayern eingesetzt. Diese Initiativen waren nicht von den Bierbauern selbst, sondern von Herausgebern und Redakteuren von Fachzeitschriften ausgegangen. Schließlich war es der Dresdner Chemieprofessor Hugo Fleck, der alle am Brauwesen Interessierten für Ende Juli 1870 zum ersten allgemeinen deutschen Brauertag nach Dresden einlud. Wegen des Ausbruchs des Deutsch-Französischen Krieges musste die Zusammenkunft noch einmal um ein Jahr verschoben werden. Am 27. Juli 1871 beschlossen die Teilnehmer – angereist waren mehrere hundert Personen bis aus Amerika und Russland – die Gründung des Bundes. Tagesordnung und Bundesstatuten, beide vom Dresdner Organisationskomitee unter Hugo Fleck vorbereitet, erfuhren im Verlauf der Diskussion starke Änderungen. So verschob sich der Schwerpunkt der Diskussion bald von fachlichen und gesundheitspolitischen auf Fragen der Bierbesteuerung. Anstelle eines straff organisierten Verbandes kam vorerst nur ein lockerer Zusammenschluss – in den Grenzen des neu gegründeten Kaiserreiches – zustande.

Der Blick auf die Gründungsgeschichte des Deutschen Brauer-Bundes ist unter mehreren Gesichtspunkten von Interesse. Zum einen ist ersichtlich, dass Verbandsgründungen dieser Art im Zuge einer Zeit lagen, die von der Durchsetzung der Gewerbefreiheit und Freizügigkeit und dem Zusammenwachsen der Staaten des Deutschen Zollvereins auf ökonomischem Gebiet gekennzeichnet war. Zwischen Jahrhundertmitte und Reichsgründung wurden die letzten Beschränkungen aus dem Zunftbrauwesen aufgehoben. Die industrielle Marktproduktion konnte allmählich an Raum gewinnen; Ansätze zur wissenschaftlichen Durchdringung des Brauprozesses wurden unternommen. Zum anderen ist anhand der Gründungsgeschichte die Rückwirkung von Zeitergebnissen auf Denken und Handeln der Zeitgenossen erkennbar. Dies zeigte sich u. a. an der weit gehenden Änderung der Programmatik, die auf der Dresdner Gründungsversammlung von 1871 vorgenommen wurde.

Anliegen des Beitrages wird es sein, die Entstehung des Deutschen Brauer-Bundes vor der Folie der ökonomischen und politischen Prozesse jener Zeit zu beleuchten, wobei mentalitätsgeschichtliche Fragen nicht ausgespart bleiben können.

Zum Autor

- Dr. Holger Starke
- geb. 11. Januar 1962 in Dresden
- Historiker, Kustos für Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte, Stadtmuseum Dresden
- Autor mehrerer Ausstellungen, Autor und Herausgeber zahlreicher Veröffentlichungen zur Stadt- und Wirtschaftsgeschichte Dresdens und Sachsens (u. a. Herausgeber des dritten Bandes der Geschichte der Stadt Dresden, Stuttgart 2006).

„Alles in angestrengtester Tätigkeit“¹ Die deutsche Montanwirtschaft im Zeitalter der Reichsgründung 1850-1874

Nicht von der Kohle, vom Stahl muss man den Ausgang nehmen, um die Dimensionen zu präzisieren, in denen sich der Aufstieg Deutschlands zur (geeinten) Industrienation während der beiden Reichsgründungsjahrzehnte vollzog. Ganze rund 12.000 t an Roheisen wurden im Ruhrgebiet um 1850/51 von 1.500 Arbeitern an 15 Hochöfen jährlich erschmolzen. Um 1869/70, also vor dem „eigentlichen“ Gründerboom, waren es etwa 430.000 t, die von rund 5.000 Arbeitern aus 59 Hochöfen in 31 Werken gewonnen wurden. Welch ungeheurer Fortschritt an Produktivität! Dabei war der Preis für die Tonne Roheisen, nach den „Schwindelpreisen“ im Aufschwung der 1850er Jahre, bis 1870 um etwa 10 bis 15 Prozent gesunken. Was nun, in den folgenden drei Jahren, an Preisen gefordert und entrichtet wurde, sollte alles Dagewesene bei weitem in den Schatten stellen.

Das Zeitalter des Stahls begann. Stahl, das war der Stoff, auf dem die Moderne errichtet wurde. Und um 1870, aber auch noch im „Gründerkrach“ ab 1873/74, war nicht nur den Großindustriellen klar, dass sich daran, würde man auch so manche Absatzkrise hinnehmen müssen, in naher und ferner Zukunft (und bis heute) nichts ändern ließe. Eisen und Stahl rissen den Kohlenbergbau mit sich fort, und beide folgten dem Sog infrastrukturellen Ausbaus durch die Eisenbahnen in einer Zeit des ausgeprägten Bevölkerungswachstums, der Überwindung von Zollgrenzen und eines schier unaufhaltsamen technischen Fortschritts. Kohle und Stahl, die Montanwirtschaft als „Führungssektor“, setzten sich an die Spitze wirtschaftlichen Wachstums und lösten die Industrielle Revolution aus, die für Deutschland sinnvoll den hier behandelten Zeitraum umfasst. Die Folgen waren damals noch ganz unabsehbar, aber einiges ließ sich bald schon erkennen: Bevölkerungsverschiebungen (Migrationen) ungeahnten Ausmaßes, neue industrieregionale und vorläufig halburbane Agglomerationen, extreme Veränderungen der Umwelt, industriespezifische soziale Schichtungen und Antagonismen, schmerzhaft soziale Konflikte, die einstweilen in den Streikaktivitäten der Gründerjahre mit dem Höhepunkt des ersten Massenstreiks im Ruhrrevier 1872 gipfeln sollten.

Die „Vorzeit“, dasjenige also, was es vor der Jahrhundertmitte an Montanwirtschaft in Schlesien, an Ruhr und Saar und mancherorts sonst, in den Grenzen des Alten Reichs und des Deutschen Bundes gegeben hat, darf man im Licht des nun einsetzenden Wachstums getrost vernachlässigen – obwohl man den Deutschen, Mitteleuropa, den Rang des führenden Bergbau-Produzenten schon an der Wende zur Neuzeit zusprechen muss. Das hatte anfangs auf dem Silber, dem Gold und Eisenerz, dem Salz und manchen anderen „Schätzen der Erde“ beruht, und an der Wende zum 19. Jahrhundert war der Bergbau auf Eisenerze

¹ Der Berggeist. Zeitschrift für Berg-, Hüttenwesen und Industrie Jg. 15 (1870) Nr. 44/8.7.1870.

an die Spitze getreten. Im Ruhrgebiet, wo man seit Mitte des 18. Jahrhunderts die Raseneisenerze der Emschermulde verhüttet hatte, waren es aber erst die zunächst erregenden Funde an Kohleneisenstein („Blackband“) vornehmlich im Karbon des Dortmunder Raums, die nicht unerheblich, wenn auch rasch enttäuschend, zum Aufstieg in den 1850er Jahren beitrugen: Welches Glück, die Kohle beim Erz, das Erz bei der Kohle zu finden! Fast hätte man der Eisenbahnen gar nicht bedurft, wohl aber der Ruhrschiffahrt, die immerhin seit dem Ende des 18. Jahrhunderts einigermaßen funktionierte. Freilich, den Absatz an Stahl machte der Eisenbahnbau aus, dessen „Rückkoppelungseffekte“ die Montanwirtschaft vor sich her trieben.

Dabei waren die gewaltigen Fortschritte an Produktivität eher einem anderen Umstand zu danken. Das über Jahrhunderte währende Zeitalter der Holzkohle neigte sich, endete gar vollständig im Gründerboom. Dass man vor allem im Ruhrgebiet beste Fettkohle ergrub, aus der sich vorzüglicher Koks kochen lässt, dass man überdies endlich die hierzu erforderlichen Fertigkeiten auch in Deutschland beherrschte, das hat den Kohlenbergbau – nach dem Erz, dessen Bedarfe schon um 1870 nicht mehr in Deutschland allein befriedigt werden konnten – zum zweitwichtigsten Rohstoffversorger der Eisen- und Stahlindustrie gemacht. Kohle war bisher für den Hausbrand und für mancherlei Schmiedekünste benötigt worden, bald dann für Dampfmaschinen etwa in Textilfabriken. Auch für die Kohle hing aber alles an den Eisenbahnen: als Koks für die Hochöfen, aus denen das Eisen für Schienen und Lokomotiven hervorging, zum laufenden Betrieb der Bahnen und namentlich für den Transport überhaupt, denn der Kohlenpreis für die Verbraucher hatte sich bis dahin entscheidend aus der Entfernung zu den Zechen bestimmt. Das sollte nun, mit der Verfügbarkeit eines schnellen Massentransportmittels, ganz anders werden, und daraus erklärt sich, dass und wie sehr der „Tonnenkilometerpreis“ zum wichtigsten industriepolitischen Konfliktort der aufstrebenden, eigene Formen von Bürgerlichkeit prägenden Kohlen- und Stahlelite wurde.

Fortschritte an Produktivität hatte der Kohlenbergbau viel weniger zu verzeichnen; sein Wachstumsmaß wurde vom Schweiß der verfügbaren Arbeiter bestimmt. In Preußen – andere deutsche Gewinnungsorte lassen sich gut vernachlässigen – wurden 1850 erst rund viereinhalb Millionen Tonnen Kohle gefördert, davon immerhin bereits 44 Prozent im Ruhrgebiet. 1870 waren es gut 23, 1873 über 32 Millionen Tonnen, davon 51 Prozent im Ruhrgebiet, und dieser Anteil sollte sich bis 1913 auf 62 Prozent von knapp 180 Millionen Tonnen steigern. Während der Gründerjahrzehnte wurde das Ruhrgebiet also zur schwerindustriellen Leitregion. Schlesien konnte, trotz an sich günstiger Gewinnungskosten und Absatzräumen über Berlin hinaus, auch im Zeitalter der Eisenbahnen nicht mithalten, obwohl die früher habsburgische Region nach der Wende zum 19. Jahrhundert zunächst die technologische Führung inne gehabt hatte. Jetzt aber konzentrierte sich das Meiste auf das Ruhrgebiet, von dem aus man über den Rhein Oberdeutschland einigermaßen preisgünstig erreichte, sich gegen die belgische und nordfranzösische Konkurrenz in den Niederlanden durchsetzen konnte, über die Nord-

seehäfen Kohle verschifft und von dort auch rasch zunehmend Erze einführt. Die Montanwirtschaft wuchs bereits in globalen Kontexten. Duisburg sollte zum größten Binnenhafen Europas werden.

Die (nominalen) Kohlenpreise an der Ruhr hatten bis 1850 über ganze vier Jahrzehnte irgendwo zwischen vier und fünf Mark je Tonne am Gewinnungsort herumgekrebst. Von 1855 bis 1858 wurde beinahe das Doppelte erzielt. Während der 1860er Jahre musste der Bergbau zeitweise Einbußen bis sogar unter das frühere Niveau hinnehmen, aber von 1871 bis 1874 verdiente man sich reich, bei bis zu 11 Mark je Tonne. Wieder ging es dann tief hinunter, und diese immensen Oszillationen bezeichnen bis heute ein Syndrom der Montanwirtschaft: Was in anderen Branchen als konjunkturelle Brise wahrgenommen wird, erwächst sich bei Kohle und Stahl zu Stürmen. Von diesen Leitbranchen und ihrem immensen Kapitalbedarf, ihren Investitionszyklen und Absatzkrisen sollten fortan überhaupt die konjunkturellen Täler und Höhen der gesamten Industriewirtschaft ihren Ausgang nehmen. Jedenfalls zeigen die einschlägigen Indikatoren seit den 1850er Jahren ein hohes Maß an Übereinstimmung. Die Gründerjahrzehnte machten überhaupt die Zyklizität industriewirtschaftlichen Wachstums zur allgemeinen Erfahrung, einschließlich der desaströsen Folgen auf den Arbeitsmärkten, die ja als solche eben erst entstanden. Dabei waren Krisenzeiten stets auch Phasen struktureller Innovation. Der Kostendruck ließ, wohl beginnend im Dortmunder Raum in den späten 1850er Jahren und vorerst gipfelnd im Griff der Firma Krupp nach Fettkohlenzechen, deutschem Erzbesitz und überseeischen Erzrevieren, schon in den Gründerjahrzehnten in allen drei Revieren den typischen vertikalen Montankonzern entstehen.

Blieb also das reale Wachstum des Kohlenbergbaus seit 1850 relativ hinter dem des Stahls zurück, so war jene Branche doch quantitativ in den drei preußischen Gewinnungsregionen weit bedeutender – und sollte es in Zukunft bleiben. An der Ruhr arbeiteten um 1850 fast 13.000, 1870 gut 51.000 und 1873/74 dann nicht weniger als 84.000 Bergleute. Die Bevölkerung der engeren Bergbauregion ist von 119.000 (1816/18) über 221.000 (1848/49) auf 679.000 gewachsen. Beinahe unfassbar waren die Wachstumsschritte einer einzigen Firma, der Gussstahlfabrik des Alfred Krupp: Von seinen ganzen 109 Arbeitern im Jahre 1849 brachte er es bis 1856 auf rund 1.000, 1860 waren es „erst“ 1.800, aber dann ging das los: über 7.000 im Jahre 1870, 1873 dann fast 12.000 Arbeiter. Was dies für Essen bedeutete, lässt sich kaum in dürren Worten fassen, zumal der Bergbau im Stadt- und Kreisgebiet diese Wachstumsschritte mit vollzog. Selbst bei den kaum erst hierfür sensibilisierten Zeitgenossen regte sich das Gewissen angesichts der unglaublichen Säuglingssterblichkeit in Arbeiterfamilien, die sich im alten Weichbild und, am Rande der Stadt, im Segeroth in Gebäuden wohnhaft machten, die noch aus dem Mittelalter stammten. Krupp baute frühzeitig Arbeiterwohnungen, und die Zechenbetriebe folgten, aus purem Wachstumstrieb und erst einmal nicht wegen der Säuglingssterblichkeit.

Der Prozess der schwerindustriellen Urbanisierung war von den Kommunalverwaltungen, die die erforderlichen Instrumente erst noch erfinden mussten, zu steuern; der Staat hielt sich hier ganz zurück. Dass Königshütte Stadt wurde, blieb einstweilen eine Ausnahme. Anders auf dem Gebiet des Handels- und Gewerberechts. Mit Blick auf die Montanwirtschaft muss man sagen, dass die preußische Staatsregierung in einem Akt umfassender nachrevolutionärer Pazifizierung den montanindustriellen Eigentümern alle diejenigen Rechte verlieh, um die sie jahrzehntelang vergeblich gefochten hatten. Die Liberalisierung des Bergrechts, also die Entlassung der Bergbaudirektion aus der regalrechtlichen Umklammerung, verteilte zwischen 1851 und 1865 derart umfassende Geschenke, dass sich die Unternehmerseite beim Freizügigkeitsgesetz 1860 gar überrascht, hocheifrig und dankbar gab. Das geschah gegen die Warnungen der überwiegend konservativen Behördenelite und auf deren Kosten, teilweise gegen scharfen Protest der Arbeiter und in willentlichem Abbau sozialen Schutzes. Dabei war die alte Verschwisterung von Berg- und Hüttenwesen längst schon aufgelöst worden. Das bergbauständische Korsett zerfiel, und auf das Kapital kamen gleich mehrere zusätzliche Geschenke: die Fortentwicklung des Aktienrechts (1870), die „Mobilisierung der Kuxe“ zwecks vereinfachten Kapitalverkehrs, die Möglichkeit der Umgründung von Montangewerkschaften zu Aktiengesellschaften, und all dies unter dem Signum des Freihandels, der allerdings etwa bei den Stahlindustriellen angesichts fortdauernder enlischer Konkurrenz nicht nur Freunde fand.

Dass der Staat die Bedingungen raschen wirtschaftlichen Wachstums unter gleichzeitig durchgreifender Unterdrückung möglicher Gegner – ob im altständischen Lager und in der junkerlichen Agrarwirtschaft, ob unter den wohl langsam gewendeten linken Liberalen oder in den eben erst geborenen Arbeiterbewegungen – notfalls gar, so beim Knappschaftsgesetz von 1854, mit Gewalt durchsetzte, das begründete auf Jahrzehnte den preußisch-deutschen Typ der autoritären, „machtgestützten“ Industrialisierung. Denn der so bezogene politische Stil gewann 1867/71 verfassungsrechtliche Konturen und blieb bis 1918 erhalten. Er machte die „Schlotbarone“, das waren nach den Pionierunternehmern der Frühzeit nun auch die neuen, die „Gründer“ an den Börsen und in den Banken, zu, wie sie glaubten, unbeschränkten „Herrschern im Hause“. Die Kosten waren schon erkennbar. In Waldenburg konnten sich die Unternehmer an der Jahreswende 1869/70 gegen liberalgewerkschaftlichen Einfluss, in Essen und im Ruhrgebiet 1872 gegen diejenigen der Christlich-Sozialen (und verschämt agierenden Sozialdemokraten) vollendet durchsetzen. Der Kulturkampf, dann das Sozialistengesetz und vor allem die schwere Wirtschaftskrise seit 1874 taten das Übrige.

Zum Autor

<http://www.ruhr-uni-bochum.de/sbr/kontakte/mitarbeiter/mitarb-isb-tenfelde.htm>

Hans-Peter Ullmann

Die „Aufholjagd“ der Fischen. Öffentliche Finanzen in der „Gründerzeit“

In der „Gründerzeit“ setzten die deutschen Fischen zu einer „Aufholjagd“ an. Damit wollten sie sich aus der Gefahr befreien, die ihnen von der Industrialisierung drohte. Denn diese bürdete den Staaten einerseits eine Vielzahl neuer Aufgaben auf, welche die öffentlichen Ausgaben rapide ansteigen ließen; andererseits verhinderten die antiquierten Steuersysteme, daß die staatlichen Einnahmen im Gleichschritt mit der Wirtschaft wuchsen. Die „Aufholjagd“ endete mit der Einführung der Einkommensteuer. Seitdem partizipierte die öffentliche Hand an der konjunkturabhängigen Entwicklung der Wirtschaft. Damit begann jener Prozeß sich selbst tragenden Wachstums, der im Wechselspiel von öffentlichen Ausgaben, Einnahmen und Kredit den Anteil des Staats am Sozialprodukt im 20. Jahrhundert nachhaltig vergrößerte.

Zum Autor

Hans-Peter Ullmann war Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen und lehrt seit 1999 als Professor für Neuere Geschichte an der Universität zu Köln. Er forscht über die Reformzeit um 1800 und das Deutsche Kaiserreich sowie über die Geschichte der Interessenverbände und die Öffentlichen Finanzen im 19. und 20. Jahrhundert.

„Dort steht's, was wir stemmten“. Richard Wagner als Unternehmer

1. Künstlerische Reform und politische Reform gingen bei Richard Wagner von Anfang an Hand in Hand. Wagner seit 1842 als Hofkapellmeister in Dresden, doch als Komponist außerhalb nur wenig erfolgreich, sah den Grund im „System“ der Organisation des Opernbetriebs begründet und in dem allein auf oberflächlichen Genuß ausgerichtetem Repertoire. In seinen neuen Opersujets und seinen künstlerischen Reformschriften bietet Wagner bis Ende 1848 ein Echo der sich damals im Vormärz radikalierenden Reformforderungen. Er erhofft, daß die neuen politischen Verhältnisse eine neue Grundlage für Kunst und Künstler herbeiführen sollen.

2. Einen Umschwung und ein Setzen auf revolutionären Umbruch signalisieren Wagners politische Äußerungen von Ende 1848, seine gleichzeitigen Theaterreformpläne und ein neuer Opernplan. Seit Oktober 1848 konzipierte Wagner *Siegfrieds Tod*, den er aus dem ursprünglich anvisierten Barbarossa-Stoff für eine historische Oper entwickelte. Noch sollte Siegfrieds Tod die Götterherrschaft Wotans auf eine neue demokratische Basis stellen und damit zur parlamentarischen Monarchie veredeln. Wagners Oper wollte auf der Basis eines entsprechend vom Komponisten formulierten Nibelungenmythus die politische Revolution der Gegenwart als entscheidende Geschichtszäsur abbilden und sinnstiftend interpretieren.

3. Das Scheitern der Revolution führte zu einer weiteren politischen Radikalisierung Wagners mit offen antikapitalistischen und anarcho-sozialistischen Vorstellungen. Die Ausweitung der Siegfried-Oper zum *Ring des Nibelungen* als einer Tetralogie vom notwendigen revolutionären Ende des bisherigen Menschheitsgeschichte, und ihrer traditionellen Herrschaftsformen wie auch der Gefahr kapitalistischer Unterdrückung durch die Macht des Goldes schloß bei Wagner nun die Vorstellung vom notwendigen Niederbrennen der alten Opernhäuser (besonders der Pariser Oper) und des Errichten einer provisorischen Bühne am Rhein ein, wo er den Menschen mit seiner Tetralogie als einem postrevolutionären, im erneuerten demokratischen Geist der griechischen Polis verfaßten Gesamtkunstwerk der Menschheit ihren bereits vollzogenen entscheidenden revolutionären Schritt in das herrschaftsfreie Reich der Freiheit und Liebe erläutern würde.

4. In diesem Zusammenhang konkretisierte sich Wagners Festspielidee mit der Konsequenz, für das eigene (aber musikalisch noch gar nicht realisierte) revolutionäre Kunstwerk der Zukunft ein eigenes (Muster-)Theater zu errichten. Wagners Festspielidee entwickelte sich nach 1849, als er im Schweizer Exil für mehrere Jahre noch immer auf die entscheidende Menschheitsrevolution hoffte, vom Plan eines provisorischen Theaters zu Hoffnungen auf Franz Liszt und Weimar bis hin zum Münchener Großprojekt, wo seine vom Vertrauen auf die Unter-

stützung durch Ludwig II. getragene gigantische Planungseuphorie für ein Wagner-Großtheater auf den Isarhöhen scheiterte.

5. Erst in der allenthalben durch anhaltende Prosperitätshoffnungen getragenen Phase nach der Reichsgründung war es Wagner möglich, ohne direkte königliche Unterstützung seinen Plan eines eigens für die Aufführung seines *Ring* errichteten Musiktheaters umzusetzen, freilich nun fern von München in der fränkischen Provinzstadt Bayreuth. In München hatte Wagner noch auf das Konzept der Kulturnation gesetzt und plante aber sein Festspielhaus am Ufer der Isar ganz im Vertrauen auf eine Finanzierung durch den bayerischen König. Die Finanzierung Bayreuths und die Uraufführung des *Rings* im Sommer 1876 beruhten im Konzept nun auf der vom Bankier Feustel entworfenen, an zeitgenössischen Finanzierungsformen wie Suezkanal und Eiffelturm orientierten System von Patronatsscheinen. Da als Gewinnerwartung nur kostenlose Besuche des *Rings* für die Zeichner vorgesehen waren, jedoch keine Dividenden auf Dauer, schlug diese Finanzierungsform fehl. Der König mußte mit einem Kredit einspringen und das Unternehmen Wagner-Festspiele endete für den Komponisten-Unternehmer beinahe im Fiasko, das notdürftig dank der Finanzkünste des Bankiers Wölfel aufgefangen werden konnte. Wagner konnte sich aus dem drohenden Konkurs retten.

6. Die Planung, Finanzierung und Durchführung der ersten Festspiele im August 1876 in Bayreuth zeigen jenseits des (halbwegs errungenen) künstlerischen Erfolgs, daß selbst ein von seiner historischen Rolle so monomanisch überzeugter Musikdramatiker wie Wagner trotz seiner großen Unterstützerschar mit dem Plan zur Errichtung eines nur seinem Werk gewidmeten Theaters und als Festspielunternehmer erfolglos bleiben mußte. Zwar paßte die Errichtung des Festspielhauses in Bayreuth in die damalige Zeit. Kam es doch in Deutschland gerade in den ausgehenden 70er und 80er Jahren zu einer richtiggehenden Welle von Opernhaus-Neubauten. Freilich waren die Neubauten zumeist keine Hoftheater mehr, sondern wurden durch bürgerliche Spenden und städtische Finanzierung getragen.

7. Wagners Festspielidee stellt somit eine Besonderheit dar, die ohne seine Entstehung in der 48er Revolution und der Enttäuschung über ihr Scheitern letztlich nicht erklärlich ist und selbstverständlich an Wagners Glauben an seine einzigartige künstlerische Sendung gebunden ist. Die „Demokratisierung“ der Oper im ausgehenden 19. Jahrhundert ist freilich ebenfalls eine Folge der im Scheitern der Revolution von 1848 neue Attraktivität findenden Idee der Kulturnation, die Wagner in seinen noch vor 1866 fertiggestellten *Meistersingern* explizit feiert. Der Bau der neuen Opernhäuser in Deutschland nach der Reichsgründung zeigt aber, daß diese Vorstellungen von der deutschen Kulturnation mit der wirtschaftlichen Prosperität der Gründerzeit eine Symbiose eingehen konnte, da offensichtlich die Gattung der Oper nun ihrer höfischen Bindung entkleidet, als typisch bürgerliche Kulturleistung galt. Die Existenz des Bayreuther Festspielhauses bekräftigte ungeachtet seiner gewagten, an der Katastrophe knapp vorbeischrämmenden Finanzierung

im bürgerlichen Bewußtsein den Eindruck, daß Wagners Bayreuth-Unternehmen ein Erfolg war und die in ihrer Kostenseite ja aufwendigen Opernaufführungen nicht mehr in erster Linie einer fürstlich-höfische Repräsentation dienten, sondern eine angemessene kulturelle Repräsentation erfolgreichen bürgerlichen Unternehmertums darstellten.

Wolfhard Weber

Lernen und Forschen für den Fortschritt: (Poly-) Technische (Hoch-) Schulen und Vereine

„Fortschritt“ ist zwar kein auf technische Entwicklungen bezogener Begriff, er ist ebenso wenig auf einen einmaligen „Schritt“ begrenzt, sondern Teil eines immer weiter „schreitenden“ Prozesses, der daher auch niemals zum letzten Schritt wird. Es kennzeichnet die Entwicklung seit Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts, dass für die notwendigen Berechnungen konkreter Artefakte ein immer größeres Vorwissen erforderlich war, das sich auf Naturgesetze, aber auch auf die Eigenschaften der modernen industriellen Roh- und Werkstoffe beziehen musste, so dass die erstellten und dann in Betrieb genommenen Artefakte auch ihre bestimmungsgemäßen Aufgaben überhaupt und dann auch besser erfüllen konnten als das zuvor geschah.

Der Einschnitt, die „Revolution“ von 1848, markierte zugleich die Eisenbahnverbindung von Ost nach West in Mitteleuropa, das Ende der periodischen Hungerkrisen, den zögernden Beginn der organisierten bürgerlichen Mitsprache in ökonomischen Fragen via Parlament und die Anpassung und Erweiterung der Ausbildungsprogramme für das wirtschaftlich aktive Bürgertum, das sich nun zudem rasch in regionalen, deutschlandweiten, aber auch überstaatlichen Organisationen zusammenfand. Anders freilich als die kulturellen und nationalen Vereinigungen haben sie in starkem Maße versucht, auf die Karrieremuster und Schulabschlüsse „ihrer“ Studenten Einfluss zu nehmen.

Vorgestellt werden die Gewerbeakademien, die darunter angesiedelten Provinzialgewerbeschulen (in Preußen), Reisen und Exkursionen als Erfahrungsbereiche mit Lerneffekten, die Bemühungen zur Minderung von Unfällen sowie die Vereinsaktivitäten.

Die in diesen Aktivitäten ausgedrückte „anglophile“ Überformung der deutschen (Kultur- und Gesellschafts-) Politik fand dann unter dem Eindruck der Depression nach 1871 bald ein Ende. Die stärkere Anlehnung an französische Vorbilder – nach außen heftig bestritten – bestand in einer stärkeren Verankerung auch der technischen Bildung in den öffentlichen Budgets.

Zum Autor

<http://www.ruhr-uni-bochum.de/technikhist/weber.html>